

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
UR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

5

VI. Jahrgang

edrichshafen, 1. Mai 1966

Einzelpreis 0,75 DM

2S 21395 E

Angesichts der Gefahren, die den demokratischen Freiheiten im allgemeinen und der Tätigkeit der Gewerkschaften im besonderen durch die Notstandsgesetze der Bundesregierung drohen, kommt dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin eine hervorragende politische Bedeutung zu. Von den Delegierten werden Entscheidungen von großer Tragweite erwartet.

Es geht dabei um nichts Geringeres als um die Existenz einer freien Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik. Allein der entschiedene Widerstand der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze und damit gegen jede Beeinträchtigung des uneingeschränkten Rechtes, die Interessen der Lohn- und Gehaltspläger wahrzunehmen, kann die demokratische Substanz in der Bundesrepublik sichern und erhalten. Das Recht des Staates, durch seine Bürokratie die Freiheit des Arbeitsvertrages aufzuheben, wäre gleichbedeutend mit dem Ende der persönlichen Freiheit, mit dem Ende der Demokratie überhaupt. Es ist

ein Täuschungsmanöver, den Gewerkschaften die Notstandsgesetze schmackhaft zu machen mit der Versicherung, das Streikrecht bleibe unangetastet: Das Recht des Staates, Zwangsverpflichtungen zu verfügen, hebt das Streikrecht, selbst wenn es formell bestehen bleibt, praktisch auf.

Mitbestimmen nur ohne Notstandsrecht

hinielt. Sie bedeutet die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Mitbestimmung ist das Recht der arbeitenden Menschen, über ihr wirtschaftliches und politisches Schicksal selbst zu bestimmen. Sie ist der Weg zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung jener Menschen, deren Arbeit und Fleiß Grundlage für das Leben unseres Volkes ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Notstandsvorlassung und Mitbestimmung sich gegenseitig ausschließen. Notstandsgesetze bedeuten nicht Ausweitung der Demokratie, sondern ihren Abbau. Sie bedeuten nicht die Sicherung der persönlichen Freiheit, sondern die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Notverordnungen dienen nicht dem Frieden. Sie sind vielmehr Vorbereitungen für gefährliche kriegerische Abenteuer, und der Kampf der Gewerkschaften gegen Notstandsgesetze ist gleichzeitig auch ein Teil des Kampfes für die Erhaltung des Friedens.

Die politische Situation in der Bundesrepublik zwingt die Delegierten des 7. ordentlichen Bundeskongresses, sich nicht der Illusion hinzugeben, die Gefahren, die den Gewerkschaften und dem ganzen Volk drohen, könnten mit halbherzigen Entschlüssen abgewendet werden. Wer Mitbestimmungsrecht will, muß die Notstandsgesetze ablehnen; wer eine freie Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik will, darf keine Eingriffe in ihre Rechte zulassen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist die tragende Säule der Demokratie in der Bundesrepublik. Von ihrer Festigkeit wird es abhängen, ob sie Bestand hat oder nicht.

sr

■ Am Anfang eines langen Weges	2
Zu diesem 1. Mai	3
Die Weichen sind gestellt	4
■ Anträge an den DGB-Bundeskongress	5
■ Notstandsgegner bleiben hart	7
Mitbestimmung — Kriterium der Demokratie	8
■ Stahlindustrie ohne Lohntarif	9
Stabile Preise nicht in Sicht	11
Wachsende Etatsorgen Bonns	15
■ Frauenarbeit nicht für Luxus	20

MAL OHNE MASKE

Als SED und SPD im März den ersten Brief tauschten, da gab es in den Spitzen der CDU/CSU noch Zustimmung — scheinheilige allerdings, wie man heute sehen kann. Nachdem die SED auf den Vorschlag der zweiten SPD-Antwort, den Redneraustausch, eingegangen war, war es auch mit der scheinheiligen Zustimmung zu der Deutschlandaktivität der SPD vorbei.

Nicht etwa, daß die CDU grundsätzlich etwas gegen Deutschlandinitiativen hätte; keineswegs, es geht ihr nur um die „Sicherung des Rechts“. Und bei einem so stark ausgeprägten Rechtsbewußtsein, das selbst vor dem Grundgesetz nicht halt macht, ist es dann kein Wunder, wenn dieselben Politiker, die anfangs Beifall gemischt hatten, jetzt erklären, Ulbricht und die Spitzenfunktionäre der SED müßten verhaftet werden, wenn sie nach Hannover zur SPD-Kundgebung kämen. Aber ansonsten ist ihr „höchstes nationales Anliegen die deutsche Wiedervereinigung ... bla-bla-bla ...“ -ie-

Am Anfang eines langen Weges...

Die erste Begegnung zwischen SPD und SED steht bevor Gewerkschaften dürfen nicht teilnahmslos zusehen

Obwohl es nicht an massiven Störmanövern Erhardts und der CDU/CSU fehlte, hat sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei nicht davon abhalten lassen, auf den Vorschlag der SED einzugehen und sich in einem offenen Gespräch zu stellen. Es ist anzunehmen, daß nach dem Vorschlag der SPD gemeinsame Kundgebungen in Hannover und Karl-Marx-Stadt, dem früheren Chemnitz, stattfinden werden. Beide Parteien, SPD und SED, haben inzwischen die Beauftragten bestimmt, die die technischen Vorbereitungen des Redneraustausches aushandeln sollen.

Damit ist der erste Schritt getan, die seit Jahren sterile Deutschlandpolitik zu beleben; und wenn dieser erste Schritt auch noch keine dramatischen Ergebnisse haben wird, ist er doch zweifellos der bedeutendste, denn an ihn knüpft sich zumindest die Erwartung, daß ihm weitere Schritte folgen werden und das begonnene Gespräch nicht wieder zum Erliegen kommt. Die Menschen in Ost und West drängen auf eine vernünftige Lösung der Deutschland-Frage. Sie fordern eine Politik der Entspannung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, die ihnen das Gefühl von Frieden und Sicherheit wiedergeben soll.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich der Parteivorstand der SPD der Erwartung hingibt, das gesamtdeutsche Gespräch könne mit der Absicht geführt werden, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu verändern. Die Gespräche können und sollen nichts anderes bewirken als eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, als der Beginn eines langwierigen Weges, der eines Tages in die Wiedervereinigung unseres Landes einmünden kann.

Vor einigen Tagen hat dazu Herbert Wehner ein realistisches und darum vernünftiges Wort gesagt, als er von der Möglichkeit sprach, daß auf dem Wege zur Wiedervereinigung ein Staatenbund die Zwischenstation bedeuten könnte. Eine Auffassung übrigens, die nicht viel abweicht von der „Konföderation“, die seit Jahren schon von drüben vorgeschlagen wird. Die ständige und übertriebene Belohnung, es handle sich für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik bei diesem Gespräch allein darum, „menschliche Erleichterung“ zu schaffen, klingt allerdings etwas sonderbar für jene, die von jeder politischen Aktivität in der Deutschlandfrage sowieso nichts anderes erwarten, als daß sie den Menschen in der Bundesrepublik wie in der DDR dienen.

Die Tatsache, daß die SPD beharrlich an ihrem Entschluß festhält, einem Gespräch mit der SED nicht auszuweichen, und damit die Bundesregierung

und die CDU gezwungen hat, wenn auch widerstrebend, den Schritt der SPD anzuerkennen, wirft eine Frage auf, die Frage nämlich, inwieweit die Sozialdemokratische Partei in der Vergangenheit, wäre sie ihrer Rolle als Oppositionspartei mit gleicher Entschiedenheit nachgekommen, die Politik der Bundesregierung hätte beeinflussen können.

Die Hoffnung der Deutschen in Ost und West hängt an diesem ersten Gespräch. Mit Recht hat Willy Brandt festgestellt, daß die großen und zunächst nicht erreichbaren Ziele keine Ausrede bieten dürfen, um praktisch mögliche Schritte zu unterlassen. Aber auch umgekehrt muß man sagen, daß die kleinen und mittleren Schritte keine Ausrede dafür sein dürfen, die Grundfragen einer deutschen Friedens- und Wiedervereinigungspolitik unbeantwortet zu lassen. Eine Verständigung zwischen der SPD und der SED über die künftige Gestaltung Deutschlands, über den Inhalt eines Friedensvertrages, über eine Erklärung beider deutscher Regierungen, auf Atomwaffen zu verzichten, ist die große Möglichkeit, die dieser politischen Aktion der beiden deutschen Arbeiterparteien innewohnt.

Der Schritt der Sozialdemokratischen Partei findet zweifellos auch die Billigung der Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik. Das geht aus den Beschlüssen zahlreicher Gewerkschaftskonferenzen und Versammlungen hervor. So erscheint deshalb unverständlich, wenn dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes in Form des Antrages Nr. 11 vorliegt, mit dem das sogenannte Kontaktverbot zum FDGB neu bestätigt werden soll. Nur unter bestimmten Voraussetzungen, wie z. B. die „Gründung freier, unabhängiger Gewerkschaften“ anstelle des FDGB, soll eine Überprüfung erfolgen.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes weiß sehr gut, daß diese Forderungen nicht erfüllbar sind, und es besteht der Verdacht, daß sie nur gestellt werden, um zu verhindern, was die Sozialdemokratische Partei endlich zu tun bereit ist, nämlich mit

Korrektur des Antrages Nr. 11?

Nach letzten Informationen sind sowohl in den Gewerkschaften als auch im DGB-Bundesvorstand Bestrebungen im Gange, den reichlich unrealistischen Antrag Nr. 11, der eine innerdeutsche Annäherung im gewerkschaftlichen Bereich ausschließen will, durch einen anderen, weniger scharfen zu ersetzen. (Siehe auch: „Am Anfang eines langen Weges ...“)

der anderen Seite zu sprechen. Es wird den Gewerkschaftern und den Delegierten des DGB-Kongresses nicht einleuchten, daß es richtig sein soll, die Gewerkschaften in den kommunistischen Staaten zu besuchen und mit ihnen zu diskutieren, nicht aber mit den Kommunisten im FDGB.

Den Verantwortlichen im DGB-Bundesvorstand kann doch nicht verborgen geblieben sein, daß die verhärteten Fronten sich aufzuweichen beginnen. Was vor wenigen Jahren unmöglich erschien, nämlich ein Besuch prominenter DGB-Gewerkschafter in Moskau, muß heute als Realität akzeptiert werden. Und es wird, trotz aller gegenteiligen Meinungsäußerungen des DGB-Bundesvorstandes, zu offiziellen Kontakten mit dem FDGB kommen, wenn die Gewerkschaften nicht, wie es der OTV-Vorsitzende Kluncker einmal gesagt hat, „zu den letzten kalten Kriegen gehören wollen“.

Heinz Kluncker hat daraus schon gewisse Konsequenzen gezogen, und zwar nicht nur in bezug auf seine Kontaktaufnahme mit den Gewerkschaften in der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, sondern auch in einer Stellungnahme in der „Welt der Arbeit“. Hier sagt er, daß die politische Aktivität zwischen den beiden Teilen Deutschlands die Gewerkschaften dazu zwingt, ihre bisherigen Vorstellungen zu überprüfen, denn sie könnten nicht von Regierung und Parteien Taten fordern und selbst die Hände in den Schoß legen.

Er schlägt vor, wenn es zu direkten Auseinandersetzungen mit dem FDGB kommen sollte, dann müßten, ähnlich wie im Gespräch mit den Gewerkschaften des Ostblocks, Formen und Methoden entwickelt werden, die eine möglichst breite Diskussion erlauben. Die Delegierten des DGB-Kongresses werden zur Entschließung Nr. 11 das letzte Wort haben. Es wäre nur zu wünschen, daß dem Gespräch zwischen der SPD und der SED bald auch ein Gespräch zwischen den Gewerkschaften in beiden Teilen Deutschlands folgt, denn die politischen Probleme der Wiedervereinigung können ohne die Gewerkschaften nicht gelöst werden.

H. Seeger

In diesem Jahre waren die öffentlichen Veranstaltungen anlässlich des Mai-Feier- und -Kampftages von zwei Hauptanliegen der Arbeitnehmer gekennzeichnet: Im nationalen Rahmen stand das beginnende innendeutsche Gespräch zwischen der SPD und der SED und international der schmutzige Krieg in Vietnam im Mittelpunkt der Reden und Demonstrationen.

In der Bundesrepublik und in Westberlin begrüßten die Redner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei die Entkrampfung des Verhältnisses zwischen West- und Ostdeutschland, die sich zur Zeit in ihren zartesten Anfängen befindet.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat auf der Westberliner Kundgebung klargemacht, daß die SPD — „so schwer es ihr oft fällt und so schwer es ihr gemacht wird“ — an dem einmal beschrittenen Weg festhalten will. Damit wurde auch deutlich, daß die Stimmungsmache um die jüngsten Zwischenfälle an der Berliner Mauer ihr Ziel, das erste gesamtdeutsche Gespräch zu torpedieren, nicht erreicht hat. Das muß für die Scharfmacher im Regierungslager eine arge Enttäuschung sein.

Gleichzeitig haben die Mai-Kundgebungen in der ganzen Bundesrepublik, so unmittelbar vor dem 7. DGB-Kongress, wiederum die große Skepsis der Millionen Gewerkschafter gegenüber den Notstandsplänen der Bundesregierung offenbart. Mit aller Schärfe, und unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer, hat der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner in Essen die unverminderte Anti-Haltung seiner Gewerkschaft zu den Notstandsgesetzen betont.

So wie auch in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, waren vor allem im west- und osteuropäischen Ausland, in Japan und Südvietnam selbst die Kundgebungen und Demonstrationen von der Empörung und dem unüberhörbaren Protest der Völker gegen den blutigen US-amerikanischen Krieg in Vietnam beherrscht. Auch in den Vereinigten Staaten gab es am 1. Mai mehrere Demonstrationen gegen die Politik Johnsons in Südostasien.

Dieser 1. Mai mag den Regierenden, gleich, wo sie das Schenken der Menschen nach Frieden, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mißachten, die Grenzen ihrer Macht vor Augen geführt haben. Sie werden entsprechend kalkulieren müssen!

Im Verlag NACHRICHTEN erschien interessante Broschüre
Wissenschaftliche Konferenz im Juni 1966 in Frankfurt

Im Verlag NACHRICHTEN ist soeben eine Broschüre erschienen, die wohl besonders für den gesellschaftspolitisch Interessierten von Wert sein dürfte. Die Broschüre ist, wie es in einem Vorwort von Heinz Seeger heißt, als Beitrag zu der Diskussion in der Bundesrepublik über Inhalt und Weg der spätkapitalistischen Ordnung zu verstehen.

Unter dem Titel „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ legt in der Schrift eine Gruppe marxistischer Wissenschaftler aus der DDR ihre Ansichten zu diesem Problemkreis dar. Darin sind eine Reihe interessanter Feststellungen getroffen. So ist auch die Theorie von der zyklischen Überproduktionskrise kein Tabu mehr. Die Autoren vertreten die Auffassung, daß das kapitalistische System mit Hilfe des Staates in der Lage ist, durch Regulation von Konjunktur und Stagnation wirtschaftliche Katastrophen des Ausmaßes früherer Jahrzehnte zu verhindern. Sie vertreten lerner die These, daß manche Widersprüche im Kapitalismus „zeitweilig und auf Teilgebieten“ durch „staatsmonopolistische Regulierung“ gelöst bzw. gemindert werden können.

Überhaupt stellt die Analyse des Autorenteams, die nicht nur im Ostblock Aufsehen hervorgerufen hat, den offensichtlichen Versuch dar, nach Lenin und Stalin in bezug auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wieder zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Die „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ ist auch das Thema einer wissenschaftlichen Konferenz mit Teilnehmern aus EWG-Ländern, die vom NACHRICHTEN-Herausgeber Heinz Seeger am 11. Juni 1966 im Hotel „Frankfurter Hof“ in Frankfurt am Main veranstaltet wird. Dabei stehen die in der Broschüre vertretenen Auffassungen zur Diskussion. Die fünf Autoren — Dr. Hemberger, Prof. Dr. Maier, Dr. Petrik, Prof. Dr. Reinhold und Dr. Schwank — haben sich freundlicherweise bereit erklärt, ihre Thesen zu verteidigen.

Die Broschüre „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ umfaßt 88 Seiten und kostet 3,— DM. Bestellungen sind zu richten an Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9.

Sb.

am 9., 10. und 11. April, trotz schlechten, regnerischen Wetters, an den 13 Marschsäulen und Abschlußkundgebungen der „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“.

Der Aufruf der Kampagne für Abrüstung wurde von über 10 000 Männern und Frauen aus dem politischen, kulturellen, sozialen, kirchlichen und geistigen Leben der Bundesrepublik unterzeichnet. So leisteten 1823 Gewerkschaftsfunktionäre, 1251 evangelische Theologen, 846 Künstler und Schriftsteller, 494 Wissenschaftler und mehrere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete ihre Unterschrift.

In dem diesjährigen Aufruf der Kampagne für Abrüstung waren die friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik aufgefordert worden, sich gegen den Versuch der Bundesregierung zu wenden, einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Forderung nach Mitverfügung über A-Waffen zu blockieren. Die Atomwaffen- und Rüstungsgegner forderten außerdem einen beiderseitigen Rüstungsstopp und Rüstungsbeschränkungen sowie eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Eine große Rolle spielte in den Protestveranstaltungen der Krieg in Vietnam, der als verabscheuungswürdiges Abenteuer der Vereinigten Staaten gebrandmarkt wurde. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, „endlich ein für Ost und West annehmbares Konzept für eine Sicherheits- und Friedensregelung in Mitteleuropa“ vorzulegen sowie auf die Notstandsgesetzgebung zu verzichten.

Angesichts dieser Entwicklung und der Praxis, daß immer mehr Gewerkschafter die Kampagne für Abrüstung unterstützen, weil sie darin eine effektive Möglichkeit sehen, ihre auch im DGB-Grundsatzprogramm niedergelegten Forderungen in bezug auf die Friedenssicherung der Wirklichkeit näherzubringen, sollte auch der DGB-Bundesvorstand künftig seine Reserviertheit in dieser Frage aufgeben. Es wäre zu begrüßen, wenn der Berliner Kongreß des DGB eine entsprechende Entschließung, die ihm vorliegt, bestätigen würde. Friede und Entspannung als Voraussetzung für Demokratie und Verbesserung des sozialen Besitzstandes erfordern den gemeinsamen Einsatz aller gutwilligen Kräfte unseres Volkes.

ERFOLGREICHE OSTERMÄRSCHE

Die diesjährigen Ostermärsche waren ohne Zweifel die in ihrer Art erfolgreichsten in der Bundesrepublik. 146 000 Bundesbürger beteiligten sich

Die Weichen sind gestellt

Die Delegierten des 7. DGB-Kongresses entscheiden über ein Alternativprogramm zur Bonner Politik

Die 440 ordentlichen Delegierten des 7. DGB-Kongresses erwarten während ihrer Berliner Arbeitswoche viele Aufgaben. Eine der wesentlichsten dürfte die Beratung der Anträge sein, die für die nächsten drei Jahre die Richtlinien der DGB-Politik abstecken. 263 Anträge der Einzelgewerkschaften, der Landesbezirke und des Bundesvorstandes gingen dem Kongreß zu. Jetzt hat die Antragsberatungskommission ihre Vorarbeiten abgeschlossen und empfiehlt den Delegierten die Annahme von 125 Anträgen und Entschließungen in z. T. un wesentlich geänderter Fassung; weitere 28 Anträge werden mit größeren Änderungen oder sogar in Neufassungen zur Annahme vorgeschlagen, und die restlichen sollen als Material dem Bundesvorstand überwiesen, den Vermerk „erledigt“ erhalten oder abgelehnt werden, wenn der Antragskommission gefolgt wird.

Aus dieser Überarbeitung des Antragsmaterials darf nun keineswegs der Schluß gezogen werden, die Kommission habe die Substanz der Anträge gefiltert. Ein Blick in die Antragsmappe besagt das Gegenteil: Nur 11 Anträge werden zur Ablehnung empfohlen, davon betreffen 10 innergewerkschaftliche Fragen. Der sachliche Inhalt aller anderen Anregungen ist also in den verbliebenen Anträgen enthalten. Ein Zeichen, in welchem Maße die demokratische Willensbildung von unten nach oben in den Gewerkschaften lebendig ist.

Friedenssicherung

Zu diesem Fragenkomplex liegt der Antrag 3 der IG Metall vor, der von Bundesregierung und politischen Parteien eigene Abrüstungsinitiativen und den endgültigen Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr fordert. Er sieht weiter die Achtung der Atomwaffen, eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung und verstärkte gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die atomare Gefahr vor.

Die Gewerkschaft Holz verlangt von der Bundesregierung, alle Möglichkeiten zu nutzen, um zur Beendigung des grausamen Krieges in Vietnam beizutragen. Weitere Anträge fordern: einen Gesetzentwurf, der die Verherrlichung des Krieges unter Strafe stellt; die Gestaltung des 1. September als Anti-Kriegstag und die Erhaltung des Friedens an den Krisenherden ehemals kolonialer Gebiete durch eine sozial fortschrittliche Politik.

Auch die Forderung nach gewerkschaftlichen Ost-Kontakten verdient in diesem Zusammenhang genannt zu werden. Der zur Annahme vorgeschlagene Antrag empfiehlt, DGB und Gewerkschaften sollen „Informationsfahrten nach Osteuropa durchführen“, um in eigener Anschauung die Lebensbedingungen und die politischen Verhältnisse dort kennenzulernen.

Es heißt in dem Antrag:

Die Gewerkschaften lernen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, „welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.“ Es wird die Entschlossenheit des DGB bekräftigt, „die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen.“

Für erweiterte Mitbestimmung

Der neuformulierte Antrag 166 besagt, „eine wahrhaft demokratische Ordnung“ sei überhaupt erst möglich, wenn auch Mitbestimmung in der Wirtschaft vorhanden sei. Das Betriebsverfassungsgesetz sei unzulänglich, da es dem Betriebsrat in den wichtigsten betrieblichen Fragen die Mitbestimmung verwehre. Es wird eine Neufassung dieses Gesetzes gefordert. Der Antrag verlangt eine Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen und vom DGB-Bundesvorstand die Ausarbeitung einer Konzeption zur überbetrieblichen Mitbestimmung.

Lohnpolitik

Mehrere Anträge liegen zur Preispolitik vor. Sie fordern Aufklärung über die Ursachen der Preissteigerungen, „kompensatorische Preissenkungen“ von der Regierung und Maßnahmen gegen wirtschaftlichen Machtmissbrauch. Zahlreiche sozialpolitische Anträge fordern eine umfassende Sozialreform. Zur Vermögenspolitik wird gesagt:

Die einseitige Vermögensverteilung sei eine soziale Ungerechtigkeit, die dringend korrigiert werden muß. Das setze eine Änderung der bisherigen Wirtschafts-, Steuer- und Preispolitik voraus. Um den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu erhöhen, müsse die aktive Lohn- und Gehaltspolitik fortgesetzt werden. Vermögenswirksame Tarifvereinbarungen sollten zusätzlich von den Arbeitgebern getragen werden und nicht lohnbezogen sein. Die soziale Sicherheit müsse weiter ausgebaut werden.

So bietet sich in groben Umrissen das Bild von den vielschichtigen Problemen, über die die 7. DGB-Kongreß beraten wird. Die Antragskommission hat gute Vorarbeit geleistet. Nun haben die Delegierten das Wort; sie werden die Arbeit vollenden und vielleicht, wo nötig, noch präzisieren.

H. Cz.

Wiedervereinigung

Zu dieser Frage lagen bisher nur 2 Anträge vor, die beide die jüngste politische Entwicklung der gesamtdeutschen Diskussion außer acht lassen. Die Antragskommission hat diese Anträge des Bundesvorstandes und West-Berlins zusammengefaßt. Dort heißt es nun: Der DGB fordert „unbeirrt“ die Wiedervereinigung; er appelliert an die gemeinsame Verantwortung der Siegermächte und verlangt „im Namen der Millionen Arbeitnehmer in Mitteldeutschland ... von den Machthabern im anderen Teil Deutschlands“ die Herstellung des Streikrechts, die Gründung „freier“ Gewerkschaften zu zulassen und die Freilassung der politisch Inhaftierten in der DDR. „Erst nach der Erfüllung aller dieser Forderungen“ würden u. U. „Beziehungen“ zu Organisationen der DDR möglich werden.

Das Unrealistische dieser Position liegt auf der Hand, denn mit solchen Bedingungen können keine „Beziehungen“ hergestellt werden. Sie stehen darüber hinaus auch im Widerspruch zum letzten Absatz des Antrages, der eine „Politik der kleinen Schritte“ unterstützt, um den menschlichen Zusammenhalt zu erhalten und zu verbessern, was ohne eine Normalisierung der Beziehungen ebenfalls schlecht möglich ist.

Gegen Notstandsgesetze

Trotz der eifigen Bemühungen des Bundesinnenministers Lücke wird der Kongreß wahrscheinlich seine Anti-Notstandshaltung bekräftigen. Bei nur zwei Gegenstimmen empfiehlt die Antragskommission die Vorlage der IG Metall, die „mit Befriedigung“ feststellt, daß die Bundesregierung mit ihren bisherigen Plänen nicht zum Ziel gekommen ist.

Anträge an den DGB-Kongreß

Keine Notstandsgesetze!

Die Anträge und Entschließungen, die auf dem 7. DGB-Kongreß den Delegierten zur Beratung und Entscheidung vorliegen, sind nicht nur eine Widerspiegelung des Willens und der Erwartungen von Millionen Gewerkschaftern; sie bilden darüber hinaus in ihrem Inhalt ein im allgemeinen empfehlenswertes Konzept für eine deutsche Politik nach innen und außen. Vor allem beweisen die in den Anträgen enthaltenen Aussagen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich die gesellschaftspolitische Verantwortung und Reife der Gewerkschaftsbewegung. Es wäre zu wünschen, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf das öffentliche Leben in der Bundesrepublik noch weit stärker als bisher spürbar würde. — Folgende von der Antragskommission überarbeitete und zur Annahme empfohlene Anträge an den Berliner DGB-Kongreß erscheinen uns von besonderer Wichtigkeit:

Abrüstung und A-Waffenverbot

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Weltrüstern in Ost und West. Er fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern ist Vorbereitung zum Selbstmord. Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kuba-Krise ebenso wie der Krieg in Vietnam haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe herauftoschoren. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Krisen- und Spannungsscherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordert der 7. Bundeskongreß des DGB erneut:

Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West;

Vernichtung und Verbot aller Atomwaffen;

allgemeine international kontrollierte Abrüstung;

Aktivierung der Öffentlichkeit und verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr.

(IG Metall)

Gegen Krieg in Vietnam

Der DGB-Bundeskongreß richtet einen ernsten Appell an die Bundesregierung und fordert sie auf, alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, die dazu beitragen können, den grausamen Krieg in Vietnam zu beenden.

Begründung: Unsere Absicht ist es nicht, die eine oder andere Seite allein für den schmutzigen Krieg in Vietnam verantwortlich zu machen. Uns geht es einzig und allein darum,

dass diesem Krieg möglichst bald ein Ende bereitet wird.

(Gewerkschaft Holz)

Antikriegstag

Der Bundeskongreß fordert den Bundesvorstand des DGB und die Vorstände der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird.

(IG Metall)

Festigung der Demokratie

Der 7. DGB-Bundeskongreß betont seine Entschlossenheit, für die demokratische Entwicklung unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung verantwortlich einzutreten. Der Kongreß warnt vor der Bagatellisierung der zunehmenden rechtsextremen und antisemitischen Tendenzen, die geeignet sind, das Ansehen der Bundesrepublik und die demokratische Entwicklung zu beeinträchtigen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, reaktionäre und chauvinistische Verhetzung, wie sie zum Beispiel immer wieder in der „National- und Soldatenzeitung“ zum Ausdruck kommt, nicht mehr länger hinzunehmen.

Vorgänge der letzten Zeit, wie Friedhofsschändung, Bücherverbrennung, Brandstiftung und Morddrohungen gegen unbedeckte Kritiker, Emigrantenhetze und Verherrlichung des Faschismus sowie die Bedrohung der Befürworter der EKD-Denkchrift, zeigen, wie berechtigt unsere Sorge um die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Ordnung ist.

Der 7. DGB-Bundeskongreß erwartet, daß Bundesregierung, Bundestag und die Parteien diesen antidemokratischen Vorgängen entgegenwirken.

(DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg)

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß bestätigt die 1962 auf dem DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse zur Notstands- und Notdienstgesetzgebung. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstverpflichtung bisher nicht zum Ziele gekommen ist, und sieht darin nicht zuletzt einen Erfolg der gewerkschaftlichen Haltung.

Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Nach wie vor wenden sie sich vor allem gegen eine allgemeine Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Absatz 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet.

Die Bundesregierung wendet schon jetzt mit den sogenannten Schubladenverordnungen ein Verfahren an, das sich außerhalb der Verfassung bewegt. Bei diesen Verordnungen handelt es sich um einschneidende geheime Bestimmungen, die teilweise schon heute bei den Länder- und Gemeindebehörden unter Verschluß liegen, um notfalls auf Anordnung der Bundesregierung schlagartig in Kraft gesetzt zu werden. Diese Praxis beweist, wie wichtig es ist, daß die Exekutive keine Vollmachten erhält, die es ihr gestatten, unter Umgehung der Legislative die Rechte des einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen zu beschneiden.

Der 7. Bundeskongreß des DGB bestätigt die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen. Er erinnert die Abgeordneten des Bundestages an ihre demokratische Verantwortung und fordert sie auf, im Bunde mit den Gewerkschaften, den Vertretern der Wissenschaft und anderen demokratischen Kräften allen weiteren Versuchen entgegenzutreten, Grundrechte im Wege der Notstands- und Notdienstgesetzgebung einzuschränken.

(IG Metall)

Informationsreisen nach Osteuropa

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Bundeskongresses fordern den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf, Informationsreisen in osteuropäische Staaten zu fördern. Die Delegierten begrüßen die bisher

durchgeführten Gedenkfahrten der Gewerkschaftsjugend zu Stätten des nationalsozialistischen Terrors in Polen und der CSSR.

Darüber hinaus sollen DGB und Gewerkschaften Informationsfahrten durchführen, um in eigener Anschauung die Lebensbedingungen und die politischen Verhältnisse in den ost-europäischen Ländern kennenzulernen und zugleich vorhandene Klischees über politische Verhältnisse in der Bundesrepublik abbauen zu helfen. Dabei sollte durch Gespräche mit der Bevölkerung Verständnis für die Probleme des geteilten Deutschlands geweckt werden. (IG Metall)

Allgemeine Gewerkschaftspolitik

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB bekämpft das Bekennen der deutschen Gewerkschaften zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat des Grundgesetzes. Nur die aktive Beteiligung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihrer Organisationen im Staats- und Wirtschaftsleben sichert Bestand und Ausbau unserer demokratischen Ordnung.

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Gewerkschaften haben ihre Ziele im Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 formuliert. Diese dienen der Verwirklichung der sozialen Demokratie und der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der 7. Bundeskongreß des DGB kennt sich nachdrücklich zu diesen Zielen. Er verpflichtet gleichzeitig die dem DGB angeschlossenen Verbände, das Aktionsprogramm des DGB weiterhin zur Grundlage der gewerkschaftlichen Aktivität zu machen. Alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften müssen sich für die Verwirklichung der Forderungen des Aktionsprogramms einsetzen und seine schrittweise Erfüllung mit allen Kräften fördern. Das Aktionsprogramm weist den Weg, auf dem die Gewerkschaften den sozialen Fortschritt gegen alle Widerstände erfolgreich durchsetzen können...

Mit Sorge beobachten die Gewerkschaften die zunehmende Tendenz der Gerichte, besonders der Arbeitsgerichte, in der sozialen Auseinandersetzung Entscheidungen zugunsten der Arbeitgeber zu treffen. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitsrechtsprechung sich in zunehmendem Maße von der sozialen Wirklichkeit entfernt und ihrem ursprünglichen Auftrag unfreudig wird, dem Schutz des sozial Schwächeren zu dienen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und allen Versuchen, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu behindern, entschieden entgegenwirken.

Im Bewußtsein seiner demokratischen Verantwortung fordert der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB Bundes-

regierung und Öffentlichkeit auf, allen rechtsradikalen und antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik entgegenzutreten. Die Gefahren, die sich daraus für das Ansehen und die demokratische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik ergeben, dürfen nicht bagatellisiert werden. Wir fordern Bundesregierung und Justiz auf, Naziverbrechen mit aller Schärfe zu verfolgen und bei der strafrechtlichen Ahndung von Angriffen rechts- wie linksradikaler Kräfte gegen unsere Demokratie keine unterschiedlichen Maßstäbe anzuwenden. Die volle Rechtsgleichheit und Verantwortung aller vor dem Gesetz muß sichergestellt werden.

(IG Metall — Auszug)

arbeitnehmerindividuell. Der Bundeskongreß des DGB fordert daher die Bundesregierung erneut auf, im Sinne eines krisenreichen Wirtschaftswachstums, einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, der Stabilität des Geldwertes und der Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht tatkräftig zu handeln.

(IG Metall — Auszug)

Mitbestimmung

Die gewerkschaftliche Forderung nach einer gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen des Gesellschaftslebens wird getragen von der Überzeugung, daß eine wahrhaft demokratische Ordnung überhaupt erst möglich ist, wenn die arbeitenden Menschen nicht nur als Staatsbürger über Parlament, Regierung und Verwaltung mitbestimmen, sondern darüber hinaus unmittelbar in der Wirtschaft einen mitbestimmenden Einfluß haben. Dieser Einfluß soll sich am Arbeitsplatz selbst, im Betrieb, im Unternehmen, im Industriezweig, im nationalen Rahmen und in den europäischen Institutionen auswirken...

In allen modernen Volkswirtschaften muß eine planmäßige und vorausschauende Wirtschaftspolitik betrieben werden. Das gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für die europäischen Gemeinschaften.

Jede vorausschauende und planmäßige Wirtschaftspolitik ist auf die verantwortliche Mitarbeit der Gewerkschaften angewiesen. Dieser Verantwortung müssen die Möglichkeiten der Mitbestimmung entsprechen.

In der Bundesrepublik muß die überbetriebliche Mitbestimmung in paritätisch aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden.

In allen Organen der europäischen Gemeinschaften ist eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu sichern...

Der Bundeskongreß erkennt an, daß seit dem 6. Bundeskongreß der DGB, die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften wichtige Vorbereitungen für die Erweiterung der Mitbestimmung getroffen und eine intensive Aufklärungsarbeit eingeleitet haben. Er beauftragt den Bundesvorstand, die umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bedeutung der Mitbestimmung und die innergewerkschaftliche Vorbereitung auf die Erfüllung dieser großen Aufgaben zu verstärken.

Der Bundeskongreß unterstreicht die Notwendigkeit, durch umfangreiche Bildungs- und Schulungsmaßnahmen alle für Mitbestimmungsfunktionen vorgesehenen Arbeitnehmervertreter

Sozialreform

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert von Bundestag und Bundesregierung die beschleunigte Durchführung einer umfassenden Sozialreform. Bei einer Neuregelung der sozialen Krankenversicherung als Teilstück der Sozialreform darf es nicht zu einer über den Beitrag hinausgehenden Kostenbeteiligung der Versicherten kommen. Die Finanzierung sachfremder Leistungen darf nicht aus Beitragsmitteln der Krankenversicherung erfolgen. Für Auftragsangelegenheiten sind sämtliche Aufwendungen zu ersetzen.

Mit der Sozialreform ist auch ein einheitlicher, für alle Sozialversicherungsträger verbindlicher Sozialärztlicher Dienst zu schaffen.

(DGB-Landesbezirk Niedersachsen — Neufassung der Antragkommission)

Wirtschaftspolitik

... Nur eine Wirtschaftspolitik, die vorausschauende klare Alternativen aufzeigt, wird in der Lage sein, zukunftsgestaltend zu wirken. Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen müssen die Auswerfung einer differenzierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die Aufstellung eines mittelfristigen Nationalbudgets sein. Wirtschaftsplanung auf verschiedenen Stufen und Bereichen, die zu einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung koordiniert sein müssen, bildet heute ein notwendiges Element moderner Wirtschaftspolitik in allen entwickelten Industrieländern.

Der Bundeskongreß des DGB stellt mit Befriedigung fest, daß in Wissenschaft und Öffentlichkeit das Verständnis für eine Rahmenplanung erheblich gewachsen ist.

Die Wirtschafts-, Steuer- und Preispolitik der Bundesregierung ist keine Politik aus einem Guß und im Prinzip

noch intensiver als bisher mit den Zielen der Mitbestimmung vertraut zu machen und auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Zu diesem Zwecke sind in den DGB-Bundesschulen langfristige Mitbestimmungslehrgänge einzurichten...

(Neuformulierung der Antragskommision für fünf Anträge — Auszug)

Betriebsverfassungsgesetz

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB beauftragt den Bundesvorstand, im Einvernehmen mit den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften alsbald Vorschläge zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes auszuarbeiten. Diese Vorschläge sollen insbesondere eine Verstärkung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen im Betrieb und am Arbeitsplatz zum Inhalt haben.

(DGB-Landesbezirk Bayern — Neulassung der Antragskommision)

Sicherheit bei Automation

Der mögliche Vorteil der technischen Entwicklung ist ein besseres und sinnvolleres Leben durch: steigendes Sozialprodukt, höhere Löhne und Gehälter, wachsenden Wohlstand, kürzere Arbeitszeit, längeren Urlaub, Entlastung von körperlicher Arbeit.

Die möglichen Nachteile der technischen Entwicklung sind: allgemeine Arbeitslosigkeit, strukturelle Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzwechsel mit Entwertung beruflicher Kenntnisse und Erfahrungen, Gefährdung des sozialen Besitzstandes, geringere berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und neue psychisch-nervöse Belastungen einzelner Arbeitnehmergruppen.

In der Bundesrepublik werden die nachteiligen Folgen der technischen Entwicklung von der Hochkonjunktur überdeckt. Die von den Gewerkschaften durchgesetzten Lohn- und Gehalts erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erleichterten bisher die Weiter- und Wiederbeschäftigung betroffener Arbeitnehmer. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen können aber nur durch vorausschauende Planung verhindert werden. Am Beispiel der USA läßt sich erkennen, welche Auswirkungen bei mangelnder oder nicht rechtzeitiger Vorsorge zu erwarten sind.

Der Bundeskongreß des DGB fordert von der Bundesregierung und den Unternehmern, die Chancen der technischen Entwicklung voll zu nutzen und ihre Risiken rechtzeitig zu vermeiden.

(Neuformulierung der Antragskommision — Auszug)

Notstandsgegner bleiben hart

Alle Aufweichungsversuche Minister Lückes durchschaut
DGB-Kongreß wird das entscheidende Wort sprechen

Die Denkschrift des Bundesinnenministers Lücke über die Notstandsgesetzgebung an den Deutschen Gewerkschaftsbund, die offenbar darauf abzielt, die gewerkschaftliche Haltung aufzuweichen, hat eher das Gegenteil bewirkt. Unmittelbar zu Beginn des 7. Bundeskongresses haben der DGB-Bundesvorstand und die großen Gewerkschaften IG Metall und IG Chemie ihren weiterhin ablehnenden Standpunkt in der Notstandsfrage unterstrichen. Da auch die Antragskommision den Kongreßdelegierten die Annahme des IG-Metall-Antrages empfiehlt, der die bisherige gewerkschaftliche Auffassung bestätigt, dürfte mit einer abermaligen Ablehnung der Bonner Pläne zur Einschränkung und Beseitigung der demokratischen Ordnung durch die Gewerkschaftsbewegung gerechnet werden.

Die Bundesregierung, die schon seit sieben Jahren vergeblich versucht, diesen Gesetzeskomplex gegen den erkennbaren Willen der Volksmehrheit durchzusetzen, und die daran schon zwei Innenminister (Schröder und Höcherl) zerschlissen hat, wird sich fragen müssen, ob sie es jemals wagen kann, Notstandsrecht gegen den Willen von Millionen Gewerkschaftern zu praktizieren.

Bedeutungsvoll ist in diesem Zusammenhang, daß in den letzten Wochen und Monaten, angeregt durch den anhaltenden Widerstand der Gewerkschaften, auch in den Organisationen der Sozialdemokratischen Partei eine wachsende Ablehnung der Notstands- und Notdienstpläne Bonns spürbar geworden ist. Dafür sind die Abwahl des Notstandsbefürworters Schmitt-Vockenhausen (MdB) aus dem Bezirksvorstand Hessen-Süd der SPD und zahlreiche Anti-Notstandsanträge an den bevorstehenden SPD-Parteitag nur äußere Kennzeichen.

Es haben sich also die Bedingungen für eine endgültige Verhinderung der für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit tödlichen Notstandsgesetze weiter verbessert. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben. Vom DGB-Kongreß wird darum erwartet, daß er ein hartes Nein spricht — wenn es sein muß, nach öffentlicher Belehrung der Befürworter einer Notstandsregelung um Georg Leber.

Auch seit der neue Innenminister Lücke sich in diesem Metier versucht, hat sich am Inhalt der Notstands- und Notdienstpläne der Bundesregierung nichts geändert. Nach wie vor sollen wesentliche Grundrechte, wie Streikrecht, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit der Person usw. eingeschränkt oder gar beseitigt werden. Es ist auch eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn in der Lücke-Denkschrift an den DGB behauptet wird, die Streikfreiheit solle selbst im äußeren Notstandsfall, im Kriege, garantiert bleiben. Dieser Zusicherung steht die Tatsache gegenüber, daß infolge der vorgesehenen Dienstverpflichtung von Millionen Arbeitnehmern kaum

jemand bleibt, der noch streiken darf. Denn Dienstverpflichtete dürfen es nicht. Und die übrigen können es wegen der Einschränkung des Versammlungsrechts auch nicht.

Ein anderer Trick des neuen Innenministers ist die Ankündigung, auf die Regelung des „inneren Notstandes verzichten zu wollen, wenn sich die Gewerkschaften zu einer Mitarbeit bei der juristischen Fixierung des „äußeren“ Notstandes verstehen würden. Es hat sich nun herausgestellt, daß Lücke für diesen „äußeren“ Notstand Regelungen wünscht, die so weitgehend sind, daß sie gleich jene mit einschließen, die zunächst für den „inneren“ Notstand (soziale und politische Massenstreiks und Protestbewegungen) vorgesehen waren.

So sieht der Gesetzentwurf eine Dienstverpflichtung von etwa 9 Millionen Arbeitnehmern nicht erst im Zustand der äußeren Gefahr, sondern bereits in einer Situation vor, in der die Bundesregierung feststellt, daß dies zur Herstellung oder Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft oder zum Schutz der Versorgung der Zivilbevölkerung erforderlich ist". Das kann schon in tiefen Friedenszeiten sein, ohne daß irgendeine Bedrohung von außen erkennbar wäre. Geübte antikommunistische Demagogen sehen überdies zu jeder Zeit (Adenauer: „Die Lage war noch nie so ernst“) eine Bedrohung der friedliegenden Bundesrepublik.

Sollte aber beim besten Willen kein Land so gefällig sein, die Bundesrepublik zu bedrohen, so dürfte es erfahrenen Politikern nicht schwerfallen, durch allerlei Engagements in kriegerischen Verwicklungen (Vietnam) oder durch eine entsprechende Politik gegenüber Nachbarstaaten (Gebietsforderungen an Polen, Sowjetunion und Tschechoslowakei) den gewünschten Spannungs- und Notstandsfall herbeizuführen — und sei es nur, um im Innern mit unbehaglichen Situationen fertig zu werden. Auch das Dritte Reich fühlte sich fortwährend bedroht und rüstete nur für die Verteidigung — bis es am 1. September 1939 Europa in Brand stieckte.

Kriterium der Demokratie

Die Mitbestimmung muß aus dem Diskutierstadium heraus Der 7. DGB-Bundeskongreß wird die Marschroute beschließen

Im Kampf um die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeitnehmer kommt zwei Forderungen der Gewerkschaften besondere Bedeutung zu: dem Mitbestimmungsrecht und der Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum.

Schon im ersten Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem Münchner Gründungskongreß, wurde festgestellt: „Die Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 haben gelehrt, daß die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muß deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden.“

Im gleichen Sinne äußert sich die Antragskommission, die für den Berliner Bundeskongreß Anträge und Entschließungen bearbeitet und mit entsprechenden Empfehlungen versieht. In einer Entschließung zur Mitbestimmung hat die Kommission die Forderung auf Ausweitung der Mitbestimmung damit begründet, daß eine „wahre demokratische Ordnung überhaupt erst möglich ist, wenn die arbeitenden Menschen nicht nur als Staatsbürger über Parlament, Regierung und Verwaltung mitbestimmen, sondern darüber hinaus unmittelbar in der Wirtschaft einen mitbestimmenden Einfluß haben. Dieser Einfluß soll sich am Arbeitsplatz selbst, im Betrieb, im Unternehmen, im Industriezweig, im nationalen Rahmen und in den europäischen Institutionen auswirken...“

Es ist bemerkenswert, daß die Antragskommission über die in der Entschließungsvorlage zur Mitbestimmung enthaltenen Forderungen des Bundesvorstandes noch hinausgegangen ist. Während der Bundesvorstand die qualifizierte Mitbestimmung nur auf Kapitalgesellschaften ausgedehnt wissen wollte, hat die Antragskommission die Mitbestimmungsforderung auch auf große Unternehmen ausgedehnt, die nicht in Form von Kapitalgesellschaften betrieben werden, und vom Gesetzgeber eine Reform des Unternehmensverfassungsrechtes gefordert als Voraussetzung dafür, auch in diesem Bereich die qualifizierte Mitbestimmung einführen zu können.

Die Delegierten des Bundeskongresses werden aber nicht umhin können, sich weiter Gedanken darüber zu machen, wie und mit welchen Methoden das Mitbestimmungsrecht der Lohn- und Gehaltsempfänger in jenen Betrieben

und Werkstätten verwirklicht werden kann, die bisher im Schatten der Mitbestimmungsforderungen gestanden haben. Und damit sind nicht zuletzt die Handwerksbetriebe gemeint, denen nach der Handwerksordnung über die Gesellenausschüsse ein „Mitbestimmungsrecht“ zugestanden worden ist, das auch nicht im entferntesten diese Bezeichnung verdient.

In der Auseinandersetzung um das Recht auf qualifizierte Mitbestimmung sollte nicht die Forderung fehlen, auch für die Beschäftigten im Handwerk, und das sind immerhin zur Zeit mehr als 3,7 Millionen, endlich ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht zu verwirklichen. Eine Änderung der Handwerksordnung ist hier unbedingt vonnöten, die den Gesellenausschüssen Mitbestimmungsfunktionen zugesteht und die vor allem jedem Beschäftigten im Handwerk und nicht nur dem Gesellen mit Gesellenbrief, das aktive und passive Wahlrecht zu den Gesellenausschüssen einräumt.

Zur Ausweitung der Mitbestimmung gehören ferner energische Vorstöße auf eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zur Verstärkung der Mitwirkung und des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer und des Betriebsrates in Betrieb und Werkstatt. Den Delegierten liegt ein Antrag des DGB-Landesbezirks Bayern, in einer Neufassung der Antragskommission, vor, der entsprechende Formulierungen zum Inhalt hat.

Über die betriebliche Mitbestimmung hinaus fordert die Entschließung der Antragskommission zur Ausweitung der Mitbestimmung, daß darüber hinaus die überbetriebliche Mitbestimmung in paritätischen, aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmervertretern besetzten Organen verwirklicht wird.

Die Antragskommission ging von der Erkenntnis aus, daß die wirtschaftliche Mitbestimmung nach den Vorstellungen der Gewerkschaften sich nicht auf die Betriebe beschränken kann, sondern vielmehr auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt werden muß. Über betriebliche Mitbestimmung allein können wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen des Staates, die sich gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten richten, nicht neutralisiert werden.

Mitbestimmung soll sie umfassend und wirksam sein, muß sich entscheidend auch auf die Wirtschaftspolitik auswirken können.

Die Forderung der Gewerkschaften auf Ausweitung der Mitbestimmung bedeutet nicht, daß nun eine Handvoll Gewerkschaftsvertreter mehr in die Aufsichtsräte einzieht, sie berührt vielmehr zuerst die materiellen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger. In einem bemerkenswerten Artikel, der zum Mitbestimmungsproblem in der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ veröffentlicht worden ist, heißt es, daß sich in einer Umfrage 65 Prozent der Befragten für die soziale Sicherheit als wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ausgesprochen haben. „Die Quelle“ folgert daraus, daß es notwendig sei, den Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und sozialer Sicherheit mehr als bisher für die Gewerkschaftsmitglieder aufzuzeigen.

Darüber hinaus sollte der 7. Bundeskongreß klarmachen, daß Mitbestimmung für die Gewerkschaften tatsächlich die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet; und Demokratisierung heißt die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an allen Entscheidungen, die den Betrieb und damit ihren Arbeitsplatz und ihre wirtschaftliche Lage und soziale Sicherheit betreffen.

Zur Realisierung der qualifizierten Mitbestimmung in der Wirtschaft bedarf es aber nicht allein guter Formulierungen, sondern auch des Vertrauens auf die eigene Kraft; es bedarf der Entschiedenheit, diese Kraft einzusetzen, um auf dem Wege der Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens voranzuschreiten.

In die Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Mitbestimmung fallen alle wesentlichen Ziele der gesellschaftlichen Auseinandersetzung unserer Zeit. Die Delegierten des 7. ordentlichen Bundeskongresses in Berlin dürfen dabei von der Tatsache ausgehen, daß der Anspruch der arbeitenden Menschen auf politische und wirtschaftliche Mitbestimmung nicht nur gerecht, sondern auch politisch begründet ist. Er zeugt gleichzeitig von der Sachlichkeit der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den Unternehmern nicht das Ganze fordern, sondern nur eine Mitbestimmung über die Produktionsmittel, die sie durch ihren Fleiß geschaffen haben.

Die Haltung zur Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsempfänger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kriterium der Demokratie überhaupt: Mit der Ausweitung der Mitbestimmung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen wächst die Demokratie — mit ihrer Verweigerung ist sie zum Untergang verurteilt.

Stahlindustrie ohne Lohntarif

Unternehmer versuchen einen Lohnstopp durch Nichtverhandeln

Ab Juli 40-Stunden-Woche — Härteres Auftreten der IG Metall

In der eisenschaffenden Industrie herrscht seit dem 31. März ein tarifloser Zustand. Die große Tarifkommission der IG Metall forderte im Verlauf der bisher ergebnislosen Verhandlungen eine lineare Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfennig und der Monatsgehälter um 40 DM. Das würde eine durchschnittliche Steigerung der Tariflöhne von 6 bis 7 Prozent bedeuten. Weiter stand die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ab 1. Juli 1966 auf der Tagesordnung.

In der am 14. April nach fünfstündiger Dauer ohne Vereinbarung eines neuen Termins erfolglos beendeten Tarifverhandlung hatten die Unternehmer gefordert, die am 1. Juli in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung um mindestens zwei Jahre zu verschieben, ohne aber ein Lohnangebot zu unterbreiten. Sie stellten im Gegenteil die provokatorische Forderung, es könne nur weiterverhandelt werden, wenn sich die IG Metall bereit erkläre, bis Ende des Jahres keine Kampfmaßnahmen zur Erhöhung der Löhne und Gehälter zu ergreifen.

Der ergebnislose Abbruch der Verhandlungen hat nun die Konsequenz, daß in der Stahlindustrie ab 1. Juli 1966 die 40-Stunden-Woche realisiert wird. Die Tarifkommission der IG Metall hat den Unternehmerverband aufgefordert, kurzfristig einen neuen Verhandlungstermin zu nennen, um über die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaft weiter zu verhandeln.

Es ist noch nicht abzusehen, ob der Unternehmerverband sich umgehend zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt; vielmehr hat es den Anschein, daß sich die Fronten verhärtet haben. Die Stahlindustrie war zweifellos auf diese Lohnauseinandersetzungen gut vorbereitet. Schon während der Lohnverhandlungen in der metallverarbeitenden Industrie, die am Beginn des Jahres zum Abschluß gekommen sind, haben die Stahlunternehmer durch die Ankündigungen von Massenentlassungen, zeitweisen Betriebsschließungen, Zwangspause u. ä. Drohungen, die psychologischen Vorbereitungen für die jetzt schwelenden Tarifverhandlungen geschaffen.

Der Zweckpessimismus der Unternehmer wurde dabei unterstützt von der bundesdeutschen Presse, die sich nicht genug tun konnte mit Klagen über rückläufige Auftragsbestände, schlechte Rentabilität durch gestiegene Energiekosten und mangelnde Kapazitätsauslastung. Sogar die Bundesregierung leistete den Unternehmern Hilfsdienste durch die Veröffentlichung vergleichender Übersichten bezüglich der Situation der deutschen Stahlindustrie im Verhältnis zur Lage der Stahlwerke innerhalb der Montan-Union und des übrigen Auslandes, wobei sie sich im wesentlichen auf die Argumentation

der Stahlmanager in der Bundesrepublik stützte. Auch die Kursrückgänge an den deutschen Börsen, soweit sie Stahlwerte betrafen, schienen diesen Pessimismus zu verstärken.

Doch die Fachleute sind seit langem der Auffassung, daß das Abrutschen der Kurse zu einem erheblichen Teil aus der engen Verflechtung der Stahlkonzerne mit dem in Schwierigkeiten befindlichen Kohlenbergbau resultiert, wenn diese Entwicklung nicht überhaupt nur manipuliert wurde. Eine Aktien-Analyse, die in diesen Tagen im „Industriekurier“ erschien, zeigt, daß die Eisen- und Stahlindustrie bezüglich der Rendite des eingesetzten Kapitals an der Spitze aller Aktienwerte liegt, mit einem durchschnittlichen Basiskurs per 31. März 1966 von 142 Prozent, einer Dividende von 10,9 Prozent und damit einer Rendite von 7,52 Prozent. Im Vergleich dazu wurden bei den Banken durchschnittlich 3,59- bis 3,71prozentige Renditen erzielt.

Zweifellos hat sich die Wettbewerbslage der deutschen Stahlindustrie verschärft. Aber sie ist keineswegs so schwierig geworden, wie sie von den Unternehmern in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Sie ist vor allen Dingen kein Grund, die beredtigten Forderungen der Stahlarbeiter auf eine maßvolle Lohnerhöhung abzulehnen. Sollten sich die Stahlindustriellen weiterhin um den Verhandlungstisch herumzudrücken suchen, so dürfte es für die IG Metall — spätestens nach dem DGB-Kongreß — angebracht sein, mit größerem Nachdruck ihr Ziel zu verfolgen.

Die Stahlindustrie hat in der Vergangenheit riesige Gewinne erzielt und auf Kosten der Verbraucher hohe Investitionen über den Preis machen können. Sie wird durch die Forderung der Stahlarbeiter auch in der Zukunft keineswegs an den Rand der Rentabilität gedrängt. Die IG Metall darf darum auch nicht einen Finger breit von ihren Forderungen abheben, denn es geht dabei keineswegs um die Existenz der Stahlindustrie, wohl aber um die Sicherung des sozialen Standards der Arbeiter und Angestellten in den Stahlwerken. K. Kilian

Langwierige Verhandlungen im öffentlichen Dienst

Das erste Gespräch aller beteiligten Tarifvertragsparteien über die Verbesserung der materiellen und sozialen Arbeitsbedingungen für rund zwei Millionen Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst hat Mitte April in Stuttgart — allerdings ergebnislos — stattgefunden. Teilgenommen haben daran die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die Deutsche Postgewerkschaft und die Deutsche Angestelltengewerkschaft; auf Seiten der Arbeitgeber waren Bund, Länder und Gemeinden vertreten.

Die Gewerkschaften fordern unter Hinweis auf die Teuerungswelle und die allgemeine Konjunkturdevelopment in der Wirtschaft eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9 Prozent. Sie streben darüber hinaus einen Stufenplan zur Einführung der 40-Stunden-Woche bis 1970, die Verbesserung der Lohnstruktur und die Zahlung von Sonderleistungen nach dem 312-DM-Gesetz an.

Leber sucht Verständnis für Mieterhöhungen

In einer unglaublichen Weise hat der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, auf der Bundesangestelltenkonferenz seiner Gewerkschaft Ende April in Duisburg von sich reden gemacht. Nach Pressemeldungen warb Leber auf der Konferenz für „mehr Verständnis auch im Arbeitnehmerlager“ für die Mieterhöhungen. Wenn man für eine ständige Steigerung der Lebenshaltung eintrete, so argumentierte der Gewerkschaftsvorsitzende leicht demagogisch, dann müsse man auch eine Verleuerung der Wohnungen in Kauf nehmen. Leber unterstrich die Rechtfertigung des Mietwuchers (die großen Hausbesitzer und Minister Lücke werden es ihm danken) mit den Worten:

„Jetzt ist die Wohnung nicht mehr ein langlebiges Investitionsobjekt, sondern ein langlebiger Konsumartikel, der bereits in 50 Jahren abgeschrieben sein muß. Wir wollen also für unser Volk gute Wohnungen und keine miesen Behausungen. Das aber kostet Geld.“

Nun wären ihm sicherlich die Millionen Rentner und mäßig verdienenden Arbeitnehmer dankbar gewesen, wenn er gleich dabei gesagt hätte, wie man zu diesem Geld kommt. Von sozialpolitischer Reife zeugten dagegen die Forderungen der Delegierten des Angestelltentages, die u. a. eine Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Rentenversicherung, die Nichtanrechnung des arbeitsfreien Sonnabends auf den Urlaub und die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre forderten.

Tarifrunde auch in der Textilindustrie

Gesamtfordernungen in Höhe von 8,5 Prozent Noch Schwierigkeiten für Bildungsurlaub

Nachdem bereits in der Bekleidungsindustrie Tarifgespräche stattfinden, hat die Gewerkschaft Textil — Bekleidung auch für 550 000 Arbeiter und Angestellte in der Textilindustrie die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 30. April 1966 gekündigt.

Die Gewerkschaft verlangt im Rahmen einer Gesamtforderung von 8,5 Prozent der Lohnsumme eine Lohnheröhung um 6 Prozent und kürzere Arbeitszeit, auf die 2,5 Prozent Lohnausgleich entfallen.

Auf Grund der großen Produktivitätsfortschritte in der Textilindustrie, so erklärt dazu die Gewerkschaft, könne sie die 6- bis 6,5-Prozent-Leitlinie der Gutachter nicht akzeptieren. Außerdem betrage der Lohnrückstand in der Textilindustrie gegenüber dem Durchschnitt der Gesamtextilindustrie 75 Pfennig die Stunde. Der Durchschnittslohn, der in der Industrie bei brutto 4,35 DM liegt, betrage in der Textilwirtschaft nur 3,60 DM.

Bei der Arbeitszeit ist die 40-Stunden-Woche das Ziel der Gewerkschaft Textil — Bekleidung. Zur Zeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit — in den Tarifgebieten unterschiedlich — zwischen 41 und 42 Stunden.

Inzwischen haben für die Bekleidungsindustrie in den Tarifgebieten Unter-

franken und Hessen die ersten Verhandlungen über Löhne, Arbeitszeit und Bildungsurlaub stattgefunden. In Hamburg und Schleswig-Holstein, wo die Verträge zum 30. April gekündigt wurden, werden die Verhandlungen in Kürze aufgenommen. Bisher konnte in keinem Tarifbezirk über die gewerkschaftlichen Forderungen Einvernehmen erzielt werden.

Vor allem sträuben sich die Arbeitgeber gegen den Bildungsurlaub, der nach Vorstellung der Gewerkschaft 15 Tage dauern und für 10 Prozent der Belegschaft gewährt werden soll. Es geht ihnen dabei nicht um die finanzielle Belastung, diese macht nur 0,5 Prozent der Lohnsumme aus; vielmehr sind die Unternehmer prinzipiell gegen ein solches Zugeständnis, weil der Bildungsurlaub zu einer spürbaren Qualifizierung der Gewerkschaftsfunktionäre führen würde und die Bekleidungsindustrie außerdem auf diesem Gebiet nicht den Vorreiter für andere Wirtschaftsbranchen spielen möchte.

-an

Kursgewinn

Unter der Überschrift „Dahlbusch-Atien hätte man kaufen sollen“ hat das in Düsseldorf erscheinende Handelsblatt in einem Artikel geschildert, zu welch einem lukrativen Geschäft die Stilllegung von Bergbauunternehmen werden kann. Seit Ende 1963, so ist dem Artikel zu entnehmen, stieg der Kurs der Stammaktien der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch von 143 auf 470. Der Kursgewinn betrug mehr als 300 Prozent. Wenn auch ein Teil dieses Kursgewinnes sich auf die Bewertung sogenannter „stiller Reserven“ bezieht, die in Beteiligungsaktien z. B. der „Deleg“ zu suchen sind, ergibt sich die Kurssteigerung im wesentlichen jedoch aus der Bewertung des Anlagevermögens und des Immobilienbesitzes.

So soll das betriebliche Anlagevermögen pro Tonne Förderung im Jahre 1964 vor der Stilllegung der Zeche Dahlbusch nur noch mit 19,53 DM zu Buch gestanden haben und ein Areal von 6,15 Millionen Quadratmetern land- und forstwirtschaftlichem Besitz mit nur 30 Pfennig pro qm.

Es wird nun vorsichtig geschätzt, der Grundbesitz könne für wahrscheinlich nicht mehr als zwei bis drei DM pro Quadratmeter verkauft werden. Selbst bei dieser Schätzung lägen allein hier stille Reserven zwischen 10 und 16 Millionen DM. Da der Buchwert der Anlagen je Tonne Förderung nur noch 19,53 DM betrug, je Tonne stillgelegter Förderung vom Rationalisierungsverband aber 25 DM gezahlt werden — davon 12,50 DM aus öffentlichen Mitteln —, ergibt sich hier für eine Jahresförderung von durchschnittlich 880 000 Tonnen ein Stilllegungswert von 5,47 DM je Tonne stillgelegter Förderung. Also auch etwa fünf Millionen DM. Dabei bleibt offen, wieviel in den Rückstellungen für Bergschädenrisiken, die nun ebenfalls von der öffentlichen Hand übernommen werden, freigesetzt werden und ob die Ablösung der Lastenausgleichsabgabe pro Tonne stillgelegter Förderung, durchschnittlich 8 DM, auch von der öffentlichen Hand übernommen wird.

Insgesamt schätzt das Handelsblatt die anfallenden stillen Reserven auf 110 bis 140 Millionen DM — bei einem Grundkapital der Gesellschaft von 18 Millionen DM. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Hermann J. Abs, hat angekündigt, daß eine Liquidation der Gesellschaft Dahlbusch nach der Aufgabe des Bergbaus schon aus steuerlichen Gründen nicht in Frage komme. Man werde als Beteiligungsgesellschaft weiter existieren. Da sage einer, die Regierung tue nichts für den Bergbau.

S. P.

Eine Lawine von Feierschichten

Die Tarifbewegung im Bergbau ist von der Ankündigung weiterer Zechenstilllegungen und Feierschichten überschattet. Erste Verhandlungen im April zwischen der IG Bergbau und Energie und dem Unternehmensverband Ruhrbergbau haben zu keinem Ergebnis geführt.

Die IG Bergbau hatte die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 30. April gekündigt und eine Aufbesserung der Einkommen von 4,5 Prozent gefordert. Außerdem strebt die Gewerkschaft eine Treueprämie für alle im Steinkohlenbergbau Beschäftigten und eine Korrektur der Lohn- und Gehaltsordnung an.

Gleichzeitig haben die Zechen die Schließung von rund 20 weiteren Schachtanlagen und die Einlegung von bis zu 14 unbezahlten Feierschichten auf 58 Zechen angekündigt. Diese Feierschichten, die den Untertagearbeitern enorme Lohnausfälle bringen, auch wenn die öffentliche Hand mit Steuergeldern einspringen sollte, werden in den nächsten vier Monaten verfahren. Die Gewerkschaft schätzt die Lohnausfälle auf rund 6,5 Millionen DM.

Um die sozialen Härten zu vermeiden, hat die IG Bergbau und Energie vorgeschlagen, die Fördertage um jene elf Sonnabende zu vermindern, und zwar mit vollem Lohnausgleich, an denen heute im Bergbau noch gearbeitet werden muß, wenn ein gesetzlicher Feiertag auf einen Wochentag fällt. Dadurch wären, bei gleichzeitiger Erhaltung von Förderkapazitäten, unbekzählte Feierschichten zu vermeiden.

Mit der Weigerung der Zechenherren, auf diesen sinnvollen, sozial gerechten Vorschlag einzugehen, wird sich am 20. Mai ein außerordentlicher Kongress der IG Bergbau beschäftigen. Wie der Gewerkschaftsvorsitzende Arendt auf einer Pressekonferenz in Bochum mitteilte, wird die Bergarbeitergewerkschaft ihre Forderungen notfalls unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel durchsetzen.

Ki.

Stabile Preise nicht in Sicht

Auch keine Verringerung der Preissteigerungen zu erwarten
Bundesregierung sorgt weiterhin für die meisten Teuerungen

Von einer Stabilisierung des Preisniveaus ist auch weiterhin nichts zu merken. Im Gegenteil, der Aufwärtstrend bei den Preisen dauert an. Von Anfang April 1965 bis Anfang April 1966 sind die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik für den 4-Personen-Haushalt der mittleren Einkommensgruppen um 4,3 Prozent gestiegen. Das ist seit Bestehen der Bundesrepublik die höchste Rate.

Als zum Jahresbeginn der Sachverständigenrat in seinem Gutachten zur wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik einen Dreistufenplan zur Stabilisierung der Preise empfahl, lehnte Bundeskanzler Erhard dieses ab. Großsprecherisch versprach er, die Preise nicht erst im Laufe von drei Jahren „in den Griff“ zu bekommen, sondern viel schneller. In Wirklichkeit hatte es dem Kanzler nicht gefallen, daß die Gutachter auch die Bundesregierung zur Begrenzung ihrer Ausgaben auf ein normales Maß aufgefordert hatten.

Die preispolitische Entwicklung ist jedoch so, daß man jede Hoffnung auf ein Ende bzw. erhebliches Abschwächen der Teuerung als Illusion zerstören muß. Auch die EWG läßt in dieser Hinsicht keine Hoffnung aufkommen. In ihrem ersten Quartalsbericht 1966 über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, den die EWG-Kommission jetzt veröffentlichte, sagt der EWG-Ausschuß für Konjunkturpolitik für das laufende Jahr eine durchschnittliche Preiserhöhung um 3,5 Prozent voraus. Das kann für einzelne Länder noch mehr oder weniger bedeuten. Wie die Dinge im Augenblick aussehen, ist zu vermuten, daß die Bundesrepublik auch in diesem Jahre wieder den Durchschnitt übersteigt. Von dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG-Kommission werden alle Regierungen der Mitgliedstaaten kritisiert, schuld an der allgemeinen Preisentwicklung zu sein.

In der Bundesrepublik arbeitet die Regierung zur Zeit an Plänen, deren Verwirklichung geeignet ist, eine neue Preislawine auszulösen. Nach der empfindlichen Erhöhung der Postgebühren

Sinkende Beschäftigtenzahl auf den Werften

Fast um ein Viertel ist die Zahl der Beschäftigten auf den westdeutschen Werften von 1958 bis 1965 zurückgegangen. Nach einer Aufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums waren im Schiffbau der Bundesrepublik 1958 = 108 312 und 1965 = 83 287 Arbeitnehmer beschäftigt.

wird vor allem die zum 1. Januar 1967 erwogene Heraufsetzung der Mineralölsteuer um 3 Pfennig je Liter nicht nur die Fahrzeughaltung, sondern auch den straßengebundenen Gütertransport verteuern.

Außerdem wirft bereits der Bundesrat für 1967 seine Schatten voraus: Die Planungen haben schon jetzt ein Defizit von mindestens 6 Milliarden DM ergeben, das kaum noch ohne massive Steuererhöhungen zu Lasten vieler Bevölkerungsgruppen abzuwenden ist. Seit einigen Wochen prüft bereits ein fünfköpfiger Ministerausschuß, das sogenannte Streichquintett, wo an dem neuen Haushaltspunkt Abstriche vorgenommen werden könnten und wo neue Finanzquellen zu erschließen wären.

Unter den vielen neuen Belastungen, die auf die Bevölkerung zukommen, ist auch eine empfindliche Heraufsetzung der Sozialversicherungsbeiträge im Gespräch, die bereits jetzt 14 Prozent der Lohn- bzw. Gehaltssumme ausmachen.

So sorgt die Bundesregierung andauernd dafür, daß das Einkommen der Arbeitnehmer durch vielfältige Maßnahmen geschmälert wird. Über die Stabilisierung der Preise wird, dank Bonn, weiterhin nur geredet werden. Das kann auch nicht anders sein, und man muß das in diesem Zusammenhang wieder aussprechen: Wenn das geschätzte Defizit von 6 Milliarden DM die erwogenen Maßnahmen, wie Gebühren- und Steuererhöhungen, das Streichen von Sparprämien und anderen sozialen Leistungen notwendig macht, um es zu überwinden, so bekommt man eine annähernde Vorstellung davon, wie prächtig es um die öffentlichen Finanzen bestellt wäre, wenn man einfach die Rüstungslasten reduzieren könnte, die über 20 Milliarden DM vertilgen.

Die Rüstung hat schon immer die öffentlichen Finanzen, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer und die Landeswährung ruiniert. Alles Herumdoktern an den Erscheinungen des Kaukrautschwundes bleibt sinnlos, solange man nicht endlich einmal das Übel bekämpft: die Rüstung und das chronische Großmachtstreben deutscher Politiker.
B. Bley

Mit Tricks gegen Arbeitszeitverkürzung

Die Unternehmensleitung eines Stahlheizkessel-Werkes in Allendorf/Hessen hat zu der um sich greifenden Diffamierung der Gastarbeiter in der Bundesrepublik eine neue Variante beigetragen: Mit der Begründung, man wolle der Einstellung von Gastarbeitern vorbeugen, hat die Werksleitung mit dem Betriebsrat die Verlängerung der tarifvertraglich auf 41 $\frac{1}{4}$ Stunden beschränkten Arbeitszeit um 2 $\frac{1}{2}$ auf 43 $\frac{3}{4}$ Stunden die Woche vereinbart. Neben dem Ressentiment gegenüber Gastarbeitern hatte die Betriebsleitung noch einige andere Vorwände bereit: Danach trage die Verlängerung der Arbeitszeit zur „Sicherung der Arbeitsplätze“ bei, verbessere die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes und sei der „einzigste Ausweg“, um die ab 1. Januar 1966 in Kraft getretene Lohn- und Gehaltserhöhung zu überwinden, die durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr aufzufangen sei.

Abgesehen davon, daß man sich die Frage stellen muß, was für ein Betriebsrat in dem Unternehmen amtiert, wird in dem Vorstoß des Heizkessel-Werkes gegen die Arbeitszeitverkürzung eine beginnende Tendenz zur betrieblichen Durchlöcherung sozialpolitischer Gewerkschaftserfolge deutlich. Denn erst wenige Wochen vorher war in dem Einzelhandels-Filialunternehmen Stübgen ein ähnliches Beispiel praktiziert worden. Dort hatte die Betriebsleitung ebenfalls mit dem Betriebsrat vereinbart, die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde durch eine regelmäßige Überstunde zu kompensieren.

Arbeitsrechtlich sind solche betrieblichen Vereinbarungen unhalbar und werden sofort annulliert, wenn sie vor Gericht gebracht werden. Denn im Arbeitsrecht gilt der Grundsatz, daß eine allgemeine gesetzliche oder tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen betrieblich nicht durch schlechtere, wohl aber durch bessere ersetzt werden kann.

Protestmarsch gegen Schließung des Erzbergwerkes

Auch das nördlichste Erzbergwerk der Bundesrepublik, das bei Damme im Verwaltungsbezirk Oldenburg/Niedersachsen liegt, soll im Laufe dieses Jahres völlig stillgelegt und die Belegschaft (vor kurzem noch 640 Beschäftigte) entlassen werden. Zum 1. Mai bzw. 1. Juni sind bereits 200 Kollegen gekündigt worden.

Gegen diese geplante Stilllegung demonstrierten mit einem Schweigemarsch mit schwarzen Fahnen und Transparenten etwa 500 Bergarbeiter. Die Transparente lauteten u. a.: „Wir wollen keine Hilfsarbeiter werden“ und „Die Gewinnsucht der Unternehmer ist unser Ruin.“

Lohnerhöhungen beleben Konjunktur

**Die düsteren Unternehmerprognosen sind Zweckpessimismus
Wenig Vertrauen der Bevölkerung in Wirtschaftsstabilität**

Die ärgerliche Reaktion der Unternehmer auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften und das Gezeter des Kölner Industriehauses über die auf die deutsche Wirtschaft zurollende „Lohnlawine“ waren die dissonante Begleitmusik der letzten Lohnbewegung. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände erklärte in einer Stellungnahme: „Daß eine solche Entwicklung nicht ohne Auswirkungen auf die Preise bleibt, ist offensichtlich ... Wenn diese Gefahr vermieden werden soll, ist eine Begrenzung des Lohnanstieges auf das güterwirtschaftliche Wachstum notwendig.“

In der Bevölkerung der Bundesrepublik herrscht zur Zeit eine Unruhe über die künftige Entwicklung der Wirtschaft. Dazu werden von den Meinungsforschern in der letzten Zeit aufschlußreiche Ergebnisse mitgeteilt. So berichtete kürzlich die Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GIK) über eine im Dezember 1965 durchgeführte Befragung, daß jeder dritte Bundesbürger glaube, in sechs Monaten werde es ihm schlechter gehen als zur Zeit der Befragung.

84 Prozent aller Befragten erwarten in den nächsten Monaten weitere Preisseigerungen, und fast 80 Prozent vertraten die Meinung, die Kaufkraft der D-Mark sei gesunken. Die meisten der Befragten bezweifelten auch, daß die steigenden Preise durch höhere Einkommen wieder ausgeglichen werden können, nur rund 40 Prozent rechneten überhaupt mit einem steigenden eigenen Lohn im Laufe des nächsten halben Jahres.

Zu dieser Frage macht auch das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Köln (WWI) interessante Ausführungen. Danach werden sich die Preissteigerungen der letzten Zeit erst im Laufe des Jahres 1967 voll auswirken. Während die Unternehmer aus der Verleuerung mit höheren Erlösen zur Finanzierung verstärkter Investitionen rechnen, wird sie die Löhne, Gehälter und Renten ausschließlich negativ beeinflussen. Nach Meinung des WWI sind die nach den gegenwärtigen Tarifverträgen zu erwartenden Masseneinkommen des Jahres 1966 bereits um rund 8 Milliarden DM entwertet. Lohnerhöhungen werden also zu einem großen Teil durch Preiserhöhungen wieder aufgezehrzt. Dennoch verlangen die Unternehmer, daß die Gewerkschaften „maßhalten“.

Das Wirtschaftswachstum hat sich im Laufe des letzten Jahres verlangsamt. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion sind zurückgegangen, vor allem aber hat sich der Exportüberschuß merklich verringert. Betrug er im Jahre 1964 noch 6,1 Milliarden DM, so waren es 1965 nur 1,2 Milliarden DM. Diese Entwicklung hing aber durchaus nicht mit einem Rückgang der Exporte zusammen. Sie sind im Gegenteil noch bedeutend schneller gestiegen als die

Industrieproduktion und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent erhöht. Allerdings haben sich die Einfuhren weit stärker, nämlich um rund 20 Prozent gesteigert, was zum Teil mit der Preisgestaltung zusammenhängt. Während die Preise für Industriewaren in der Bundesrepublik im Jahre 1965 um 2,4 Prozent stiegen, haben sich die für eingeführte Industriezeugnisse nur um 1,5 Prozent erhöht.

Wenn trotz des Zusammenschmelzens der Außenhandelsüberschüsse und der Abflachung der Investitionstätigkeit die gesamtwirtschaftliche Situation im Jahre 1965 noch relativ günstig war, so ist dies vor allem auf die Entwicklung der Konsumtionsmittelindustrien zurückzuführen, die sich besonders in der zweiten Jahreshälfte zur hauptsächlichsten Konjunkturstütze herausbildete.

Für das laufende Jahr ist mit einem Rückgang der Zuwachsrate bei Investitionen zu rechnen. Das Münchener Ifo-Institut rechnet aufgrund seiner Firmenbefragungen damit, daß die Zuwachsrate der Investitionen 1966 nominell etwa 5 Prozent betragen dürfte. Das käme in weiten Bereichen praktisch einer realen Stagnation gleich. Bei dieser Schlage kommt also dem Massenverbrauch für die weitere konjunkturelle Entwicklung erhöhte Bedeutung zu. In seinem Ausblick auf das Jahr 1966 bemerkte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Westberlin, dazu:

„1966 wird die Expansionskraft der privaten Verbrauchsausgaben abnehmen, sie wird aber immer noch so stark sein, um zur dann notwendigen Stabilisierung der Gesamtnachfrage erheblich beizutragen.“

Bundesregierung und Industrie wollen allerdings versuchen, die Gesamtnachfrage durch eine inflationistische Geldaufblähung zu vergrößern. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn die für das Haushaltsjahr 1966 vorgesehenen Planausgaben des Bundeshaushalts die Planausgaben des Jahres 1965 um 8,2 Prozent übersteigen sollen und damit ein Wachstum vorgesehen ist, das doppelt so schnell sein soll wie das des erwarteten Sozialprodukts. Von den Gewerkschaften aber wird verlangt,

die Nominallöhne an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu orientieren und auf die Berücksichtigung der Preissteigerungen bei Lohnforderungen zu verzichten. Die Gewerkschaften haben keinerlei Veranlassung, auf diese Zumutung einzugehen.

Schließlich liegen Lohnerhöhungen auch im Interesse der konjunkturrellen Entwicklung. Die vergangenen Jahre haben immer wieder gezeigt, daß Lohnerhöhungen zu einer Ausweitung des Verbrauchs und verstärkter Spätaktivität führen. Deshalb haben sie auch nie die Investitionstätigkeit negativ beeinflußt, da die Ersparnisse der Werkstätigen zur Finanzierung der Investitionen herangezogen wurden.

In den Flauteperioden der Wirtschaft, 1958 und im ersten Halbjahr 1963, übertraf das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme das der Ausrüstungsinvestitionen und des Auslandsabsatzes. Dadurch wurde ein noch stärkerer Rückgang des Produktionswachstums verhindert und die Konsumtionsmittelindustrien zu verstärkter Investitionstätigkeit angeregt, was sich wiederum in Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien niederschlug. Die Ausdehnung der Massenkaufkraft hat folglich nur günstige und stabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung gehabt.

Selbst wenn man sich wider alle wirtschaftlichen Tatsachen an das Unternehmer-Argument von der Bindung der Löhne an das Produktivitätswachstum halten wollte, gäbe es auf diesem Gebiet noch einen beträchtlichen Nachholbedarf, wie die folgenden Angaben beweisen:

Von 1950 bis 1964 stieg das Produktionsergebnis je Beschäftigten um 215 Prozent;

die durchschnittlichen Nettoomonatseinkommen der Arbeiter und Angestellten aber erhöhten sich in diesem Zeitraum nur um 174 Prozent;

dagegen wuchs das Einkommen der „Selbständigen“, also eingeschlossene Kleinbauern und Kleinstgewerbetreibenden, um 325 Prozent. Allein die Zahl der Millionäre in der Bundesrepublik wuchs von 1957 bis 1963 von 3500 auf 11 700 Personen und ihr Vermögen von 9,9 auf 37,8 Milliarden DM.

L. K.

Bildungsurlaub in Bremen?

Die SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft hat jetzt einen Vorstoß für den Bildungsurlaub unternommen. Der Sonderausschuß Bildungsurlaub der sozialdemokratischen Fraktion hat der Gesamtfaktion einen verabschiedeten Gesetzentwurf für die Einführung eines Bildungsurlaubs zur Stellungnahme und Vorlage in der Bremer Bürgerschaft zugeleitet.

Schulbeispiel für Formaldemokratie

Freie Betätigung für OTV bleibt vorerst eingeschränkt Karlsruhe nahm Verfassungsbeschwerde nicht an

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ist über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts befremdet. Das Gericht hat die Verfassungsbeschwerde der OTV-Gewerkschaft gegen Verteidigungsminister von Hassel wegen Behinderung gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Bundeswehrkasernen nicht zur Verhandlung angenommen. Wie das Bundesverfassungsgericht Mitte April mitteilte, müsse erst der Verwaltungsrechtsweg voll ausgeschöpft werden, bevor das Gericht in dieser Frage entscheiden könne.

Die Gewerkschaft OTV hatte am 5. August 1965 die Verfassungsbeschwerde eingereicht, nachdem das Verteidigungsministerium durch einen Erlass die Werbung und Benachrichtigung von Soldaten durch die Gewerkschaft sowie gewerkschaftliche Veranstaltungen in den Kasernen verboten hatte. Die Gewerkschaft, die das

Vorgehen des Ministeriums als grundgesetzwidrige Behinderung ihrer Tätigkeit und Einschränkung der Rechte der Soldaten betrachtet, bat das Bundesverfassungsgericht, schon vor Erschöpfung des Jahres in Anspruch nehmenden Rechtsweges diese Frage grundsätzlich zu entscheiden.

Der Volksaktien-Bluff

Die „Volksaktie“ als Mittel der Vermögensbildung war keine Erfahrung, sondern ein Bluff. Der springende Punkt ist und bleibt — wie bei jeder Vermögensanlage —, daß man zuerst Geld haben muß, um sie zu erwerben. Es sei denn, man kauft sie auf Kredit — wenn man Kredit hat —, aber das ist riskant und nur jemand zu raten, der einen Schlag aushalten kann, ohne umzufallen.

Nach der „PREUSSAG“ und dem Volkswagenwerk wurde die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA) teilprivatisiert, „um die Politik der Vermögensbildung in breiten Bevölkerungskreisen fortzusetzen“. Wegen der aufgrund einer marktschreierischen Reklame großen Nachfrage haben außer den Betriebsangehörigen nur solche Antragsteller je zwei Aktien erhalten, deren steuerpflichtiges Jahreseinkommen bei Alleinstehenden 8000 DM, bei Verheirateten zusammen 16 000 DM im Jahre 1964 nicht überstiegen hat, und zwar zum Preis von 210 DM je Aktie im Nennwert von 100 DM.

Wie Fachleute vorausgesagt haben, war das Papier diesen Preis nicht wert. Es steht seit Monaten bei einem Börsenkurs von 185. Wer es zu diesem Kurs verkauft, bekommt für seine 420 DM, die er für zwei Stück — oder 840 DM für vier Stück

— bezahlt hat, noch 370 bzw. 740 DM; bei Ehepaaren ist das ein vieler Hunderter weniger. Um diesen Preis können die Papiere jetzt die kaufen, die vorher wegen ihres zu hohen Einkommens keine bekommen haben.

Wie hatte doch der Herr Bundes schatz minister Dr. Dollinger im Vorwort des Prospektes geschrieben?:

„Volksaktien, die in breiter Steuung den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen angeboten werden, müssen ein sicheres und gutes Anlagepapier sein, das eine angemessene Rendite abwirkt. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung des VEBA-Konzerns, seine Ertragskraft und seine guten Zukunftsaussichten geben die Gewähr dafür, daß die VEBA-Aktie ein Wertpapier ist, das sich für die Eigentumsbildung in breiten Bevölkerungskreisen besonders gut eignet.“

Die Kursentwicklung zeigt, entgegen der Ankündigung des Ministers, in wessen Händen sich das Papier zur Eigentumsbildung eignet — auf Kosten der breiten Bevölkerungskreise. Und hier das Gegenstück:

In diesen Tagen wurden junge Aktien aus der Kapitalerhöhung der Deutschen Lufthansa AG zugeteilt. Wer rechtzeitig einen Auftrag erteilt hatte, bekam jetzt — ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Höchst-Einkommen — junge Aktien bis zu 2000 DM Nennwert zum Preis von 100 DM je Aktie im Nennwert von 100 DM. Schon vor der Zuteilung stiegen die Kurse dieser Aktien an der Börse und erreichten in den ersten Tagen nach der Zuteilung 250 Prozent, d. h. die 2000 DM Nennwert wurden zu 5000 DM Kurswert.

Wenn man an 2000 DM innerhalb weniger Tage 3000 DM verdienen kann, kann man sogar die Kapitalertragsteuer in Kauf nehmen, die bei einem Verkauf innerhalb sechs Monaten nach dem Erwerb der Aktien fällig wird. Wer zweifelt da noch an der Förderung der Eigentumsbildung durch die Bundesregierung — für bestimmte Leute?

E. Folger

Die OTV hat nun mehr die Verwaltungs klage eingeleitet. Bis ihr Anliegen entschieden ist, muß sie — vermutlich für mehrere Jahre — die weiterhin bestehende Behinderung durch das Bundesverteidigungsministerium, was zugleich die Beeinträchtigung des wesentlichen demokratischen Grundrechts der Koalitionsfreiheit bedeutet, in Kauf nehmen. Andererseits könnte sie aber auch durch eine Propagandakampagne in der Truppe und möglicherweise mit drastischen Maßnahmen auf die Respektierung des Grundgesetzes durch das Ministerium dringen — aber das würde ihr bestimmt als Wehrkraftzersetzung und Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik angekreidet werden.

Dadurch, daß die Gewerkschaft OTV die Verwaltungs klage gewählt und somit für ein paar Jahre auf die Wahrnehmung des demokratischen Rechts, Gewerkschaftsarbeit unter Soldaten zu betreiben, verzichtet, läuft juristisch alles in rechtsstaatlichen Bahnen, aber jeder spürt, daß sich hier ein Schulbeispiel für Formaldemokratie vollzieht.

Das begann schon damit, daß das Bundesverfassungsgericht fast neun Monate benötigte, um nur seine Nichtzuständigkeit zu erklären. Kein Wort hat es zum Sachverhalt selbst gesagt; es hat nur festgestellt, was es auch schon einen Tag nach Einreichen der Klage hätte sagen können: Wir sind nicht zuständig.

Vielleicht mag diese Karlsruher Lektion einige Funktionäre im Hauptvorstand der OTV, die sich in letzter Zeit für eine Revision der Antinotstandshaltung des DGB einzusetzen, ernüchtert haben. Es ist nämlich innerhalb weniger Wochen das zweite Mal, daß die OTV-Gewerkschaft eine bittere Enttäuschung erlebt.

Das erste Mal, im März, hatte das Bundesinnenministerium der Gewerkschaft zugesichert, daß ihr sowjetischer Besuch an einer Tarifverhandlung mit dem Innenministerium teilnehmen dürfe. Als dann die Gäste aus Moskau in der Bundesrepublik weilten, zog das Bundeskabinett diese Zusage zurück. Ein OTV-Sprecher kommentierte das Verhalten der Bundesregierung so: Eine Regierung, die nicht zu ihrem Wort stehe, lasse den Verdacht aufkommen, daß sie auch in Fragen der Notstandsgesetzgebung ihre beschwichtigenden Versicherungen nicht ernst meine.

Und im zweiten Falle hat das Bundesverfassungsgericht, das als beste Sicherung gegen den Mißbrauch des Notstandsrechts hingestellt wurde, soeben verdeutlicht, wie langsam und hilflos es ist, wenn es darum geht, die Bürger vor der allmächtigen Exekutive in Schutz zu nehmen.

Sb.

Triumph der Einheitsgewerkschaft

Ein unerfreuliches Kapitel wird abgeschlossen Christliche Gewerkschaften kriseln dem Ende zu

In Saarbrücken tagten am 24. April 1968 Delegierte der Gewerkschaft Christlicher Berg- und Energiearbeiter (GCBE). Einziger Tagesordnungspunkt ihrer außerordentlichen Generalversammlung: die Auflösung der GCBE und die Fusion mit der IG Bergbau und Energie. Das Resultat war eindeutig: 84 Prozent der Delegierten stimmten für die Auflösung.

Zur gleichen Zeit tagte im Saarbrücker Kreiskulturhaus die Delegiertenkonferenz des CMV, des Christlichen Metallarbeiterverbandes Saar. Auch dort ging es um die Auflösung und die Fusion mit der IG Metall. Eine Reihe älterer, der christlichen Gewerkschaftstradition verbundener Delegierter, fand sich jedoch beim CMV nicht bei, reit, den Weg zur Einheitsgewerkschaft mitzugehen: Von 98 anwesenden Delegierten stimmten 55 für die Fusion, 42 dagegen, ein Delegierter enthielt sich der Stimme.

Damit wurde zwar die für erforderlich gehaltene Drei-Viertel-Mehrheit nicht erreicht, aber es blieb beim CMV bis zum Abschluß der Generalversammlung ungeklärt, ob nicht auch eine einfache Mehrheit ausreicht. Die Entscheidung beim CMV wurde vertagt. Das bedeutet jedoch nicht, daß der bisherige Verband in seiner alten Form fortexistiert. Nach der Generalversammlung erklärten Delegierte vor Pressevertretern, sie würden nunmehr auch ohne formellen Fusionsbeschuß ihres Verbandspremiums zur IG Metall übertreten.

Beide Verbände zusammen verfügen Ende März über rund 30 000 Mitglieder. Das waren über 60 Prozent aller CGD-Mitglieder überhaupt. Während die GCBE im Saarland immerhin noch 21 800 Mitglieder — davon 10 000 Rentner — organisieren konnte, gelang es dem sogenannten christlichen Bergarbeiterverband im übrigen Bundesgebiet in elfjähriger Tätigkeit nur, 3000 Mitglieder zu gewinnen.

Die beiden Vorsitzenden der GCBE und des CMV Saar, Schmidt und Wilden, zogen auf den Generalversammlungen noch einmal die Bilanz der Christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sie brachte ein vernichtendes Ergebnis. Die Verbände des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften (CGD), das ist die sogenannte Arbeitsräte des dreigegliederten Christlichen Gewerkschaftsbundes, sind — bis auf den bisherigen GCBE und den CMVS — nicht lebensfähig.

Der CGD kann keine Tarifbewegung führen, geschweige denn durchstehen. Walter Schmidt sagte: Die christlichen Gewerkschaften müßten vor den Konsequenzen einer Tarifbewegung mehr

Angst haben als die Unternehmer. Das Streikgeld ist seit Jahr und Tag nicht mehr ordentlich abgesichert. Die finanzielle Lage ist katastrophal. Auch CMV-Sekretär Wilden deckte vor den Delegierten die Karten auf. Der CGD hat seit seiner Gründung bis zum heutigen Tage noch kaum einen Monat aus eigenen Mitteln gelebt.

Die sogenannten christlichen Arbeitergewerkschaften in der Bundesrepublik zählen nach Angaben Walter Schmidts ganze 23 000 Mitglieder, organisiert in 16 Berufsverbänden. Das Beitragsaufkommen genügt nicht im entferntesten, um die laufenden Ausgaben zu decken. Bisher lebte der CGD von Zuschüssen des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (Starthilfe eine halbe Million) und der Fachinternationalem (laufende Subventionen).

Als die Unterstützungsleistungen des IBCG eingestellt wurden, ergab sich beim CGD ein monatliches Defizit von 5000 DM. Das konnte — wie der CMV-Sekretär Wilden seinen Kollegen auf der Generalversammlung enthüllte — nur dadurch abgedeckt werden, daß unter anderem auch Gelder des Sozialwerks, die zweckgebunden sind, und für die die einzelnen Mitglieder eigene Beitragsmarken kleben, zum Ausgleich des Haushalts mit herangezogen werden.

Wenige Tage vor den Generalkonferenzen weilete der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, Vanistendaal, in Saarbrücken. Vanistendaal kam in Feuerwehrmission. Er meinte, noch löschen zu können. Aber es gab nichts mehr zu löschen. Auf einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften malte Vanistendaal die finanzielle Lage des IBCG rosig und tröstete die um ihre Streikgelder besorgten Berg- und Metallarbeiter mit dem großen Vermögen, das die belgischen Gewerkschaften zur Verfügung hätten.

Wilden konterte dieser Augenauswischerei sofort, indem er den Briefwechsel mit Vanistendaal veröffentlichte und ihm ein Schreiben des IBCG-Generalsekretärs über die Finanzlage des IBFG anfügte. Aus dem Schreiben zur Finanzlage ging hervor, daß der IBCG am Jahresende 1966 ein hohes Defizit haben wird, von dem gegenwärtig noch niemand weiß, wie es ausgeglichen werden kann.

Die vom IBCG-Vorstand empfohlene Beitragserhöhung um 10 Prozent ist ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, daß manche Organisationen mehrere Vierteljahrzeiten und Mühe haben, den bisherigen Beitragssatz zu halten.

Die Mitglieder der GCBE und des CMVS haben sich ihr Urteil über die Verbandsführung, der sie viele Jahre lang vertraut haben, gebildet. Das Ende der Christlichen Gewerkschaftsbewegung ist abzusehen. Eines der unerfreulichsten Kapitel der Nachkriegsgewerkschaftsgeschichte wird in absehbarer Zeit abgeschlossen werden — zum Nutzen der Einheitsgewerkschaft des DGB. W.

Extragevinne durch Auto-Preiserhöhung

Alle großen Automobilunternehmen in der Bundesrepublik haben im April ihre Preise für Personenkraftwagen zwischen 2 und 3,8 Prozent heraufgesetzt. Das Volkswagenwerk hatte hierbei den Vorreiter gemacht. Offiziell mußten die „gestiegenen Personalkosten“ (Lohn- und Gehaltserhöhungen) dafür herhalten.

Aber selbst in den Publikationen der Unternehmerschaft fand der demonstrative Schritt der Automobilhersteller nicht uneingeschränkte Billigung. Dabei wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Autofirmen lediglich eine sich bietende Chance ausgenutzt hätten. Selbst wenn das eine oder andere Unternehmen eine Preiserhöhung hätte gebrauchen können, so sei sie doch nicht linear nötig gewesen. Der „Industriekurier“ schrieb am 16.4.1966 unter der Überschrift „Halten sie es nötig?“:

„Es wird behauptet, daß es das eine oder das andere Unternehmen überhaupt nicht nötig gehabt, daß es aber die günstige Situation genützt habe. Zweifellos könnte der Gleichschritt bei dieser Preisbewegung einen derartigen Verdacht aufkommen lassen. Auch könnte man annehmen, daß die Frühjahrsaison und die gute Absatzsituation derartige Entschlüsse erleichtert haben, wogegen im übrigen nichts einzuwenden wäre, denn wir haben schließlich eine Marktwirtschaft.“

Die Preiserhöhung erfolgte im allgemeinen in gleicher Höhe. Dadurch sind die Preisrelationen unter den einzelnen Modellen kaum verändert worden. Auf diese Weise haben die Automobilunternehmen einander nicht weh getan und gleichzeitig dafür gesorgt, daß die Extragevinne gleichmäßig auf alle Konzerne verteilt werden und die Käufer nicht zu anderen Autotypen abwandern können.

Wachsende Etatsorgeln Bonns

Zum Bundeshaushalt 1966 — Abbau von Sozialleistungen Etat ausgleich gegen Wähler und Grundgesetz

Die Aufstellung des Bundeshaushaltplanes 1966 habe, wie Finanzminister Dahlgrün vor dem Bundestag erklärte, „außergewöhnliche Schwierigkeiten“ bereitet. Als sein Ministerium Ende vorigen Jahres alle finanziellen Anforderungen an den Etat 1966 bilanzierte, ergab sich, daß die erforderlichen Ausgaben um 7,5 Milliarden DM die zu erwartenden Einnahmen (einschließlich weiterer Schuldenaufnahmen) überstiegen. Dieses Ergebnis war keineswegs überraschend, auch nicht für die neue Bundesregierung.

Die Regierung Erhard wußte, daß die kurz vor den Wahlen beschlossenen Gesetze, wie zum Beispiel die Gewährung einer Ausbildungshilfe oder die Verbesserung der Wochenhilfe, finanziell nicht gesichert waren; trotzdem aber erzielte sie diesen Gesetzen die nach Artikel 113 GG erforderliche Zustimmung. Nach den Wahlen widerrief dieselbe Regierung ihre Zustimmung mit dem Haushaltssicherungsgesetz.

Damit aber war der Etat 1966 noch keineswegs ausgeglichen. Die jetzt offiziell ausgewiesene Haushaltssumme von 69,15 Milliarden DM liegt um 1,2 Milliarden DM zu niedrig. Dieser Betrag wird als „Schattenhaushalt“ nebenher über den Kapitalmarkt finanziert. Es handelt sich hierbei um 850 Millionen DM, die als Zuschüsse an die Rentenversicherung gesetzlich zu zahlen sind, und um 350 Millionen DM, mit denen der Straßenbau finanziert werden soll.

Diese Praktiken erinnern zwangsläufig an die Finanzierungsmethoden der Nazi-Regierung. Sie finanzierte ihre Kriegsvorbereitung damals durch Rückgriffe auf die Sozialversicherung und über die eigens zu diesem Zweck gegründete „Metallurgische Forschungsgesellschaft“ (Mefo). Die Wechsel dieser Gesellschaft waren voll diskontfähig und förderten so wesentlich die Inflation. Nicht zuletzt wegen dieser Erfahrungen sind solche Manipulationen nach Artikel 110 GG nicht zulässig. Der bekannte Staatsrechtler Prof. Eschenburg schrieb dazu in der „Zeit“ am 26. 11. 1965:

„Die Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten im Etat 1965 war haushaltrechtswidrig und sollte nach Erklärung Finanzminister Dahlgrün eine einmalige Maßnahme bleiben. Jetzt wird sie ohne Begründung wiederholt — als ob es sich um eine übliche Finanzoperation handelt.“

Aber auch in den nächsten Jahren werden sich die finanziellen Verhältnisse des Bundeshaushalts nicht bessern; im Gegenteil. Wachsenden Druck auf die Staatsfinanzen über die teilweise katastrophalen Verhältnisse in fast allen Bereichen der Infrastruktur aus. Der Bundeshaushalt wird künftig zumindest auf den Gebieten, die zu-

nehmend auch die Interessen der Großunternehmen berühren, höhere Beiträge bereitstellen müssen. Hierbei handelt es sich vor allem um die Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung einschließlich der Nachwuchsausbildung, für die Wasser- und Energieversorgung sowie für das Verkehrswesen.

Nach Berechnungen des Finanzministeriums entstehen bereits beim gegenwärtigen Stand der ausgabe-wirksamen Gesetze in der kommenden Periode bis 1970 Defizite von jährlich 5 bis 6 Milliarden DM, die nicht auf dem Kapitalmarkt zu decken sein werden. In seiner Haushaltrede vor dem Parlament erklärte Dahlgrün, diese Entwicklung sei nur durch weitere Kürzung des „Sozialkonsums“ zu verhindern. Die Regierung wird also auch in den kommenden Jahren versuchen, die Sozialleistungen, wie die Ausbildungshilfe oder die Zuschüsse an die Rentenversicherung zu beschränken.

Aber es besteht auch die Gefahr, daß die Steuerlast vermehrt wird. Zwar versichert gegenwärtig die Regierung einhellig, auf „dieses sich vorergründig anbietende Mittel“ (Erhard) verzichten zu wollen; an den Plänen zur kräftigen Erhöhung der indirekten Steuern (Umsatzsteuerreform) und der Erhebung einer besonderen Gemeindesteuer als Zusatz auf die Einkommensteuer wird jedoch bereits gearbeitet. Diese Maßnahmen würden vor allem die Einkommen der Arbeiter und Angestellten treffen und so die bereits jetzt vorhandenen unsozialen Auswirkungen des Steuersystems weiter verschärfen.

Die Entwicklung der modernen Produktions- und Lebensbedingungen stellt wachsende Anforderungen an die staatlichen Haushalte. Dahlgrün ist zustimmen, wenn er in seiner Haushaltrede sagte, daß „auch von zu niedrigen Staatsausgaben nachteilige Wirkungen auf die Volkswirtschaft ausgehen“. Müssen aber, um die Staatsausgaben zu erhöhen, die Sozialausgaben gekürzt und die Steuerlasten für die kleinen und mittleren Einkommen vermehrt werden? Der Bundeshaushalt wäre in der Lage, die beschlossenen sozialen Leistungen in vollem Umfang zu finanzieren und beträchtlich mehr Mittel für Wissen-

schaft, Verkehr, Gesundheitswesen u. ä. bereitzustellen, wenn die Regierung ihre Politik auf zwei entscheidenden Gebieten revidieren würde.

Da ist zunächst die verhängnisvolle Aufrüstung. Sie verschlingt jährlich fast ein Drittel des gesamten Etats. Kostet allein die Bundeswehr gegenwärtig bereits 17,5 Milliarden DM, so sollen nach den offiziellen Plänen 1970 sogar 21,5 Milliarden DM dafür ausgegeben werden.

Zum zweiten geht es um die Steuerprivilegien der Großunternehmen und Konzerne. Nach Berechnungen des Finanzministeriums kosten diese „unsichtbaren Subventionen“ den westdeutschen Staatshaushalt jährlich über 14 Milliarden DM Einnahmeverluste. Hier sind folglich große Reserven vorhanden, den wachsenden Staatsbedarf im Interesse einer gesunden und sozial gerechten Entwicklung zu decken.

— tz

Elektrokonzerne im Fernsehgeschäft

In Hamburg wurde kürzlich mit einem Stammkapital von 200000 DM die Polyphon Fernsehgesellschaft mbH gegründet. Ihr Kapital liegt zu 40 Prozent in den Händen der Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft mbH, einem der führenden westdeutschen Film- und Fernsehproduktionsbetriebe. 10 Prozent übernahm Gyula Trebitsch, der geschäftsführende Gesellschafter von Studio Hamburg, und 50 Prozent die Deutsche Grammophon GmbH. Die neue Firma will Mitte des Jahres 1966 ihre Produktion aufnehmen und „zunächst“ in erster Linie Fernsehprogramme musikalischer Art herstellen.

Wenn ein Unternehmen, das Fernsehateliers betreibt, und der größte westdeutsche Schallplattenproduzent sich zusammenschließen, so ist zunächst einmal eine solche Verbindung als eine durchaus normale und aus der Eigenart beider Gesellschaften zu erklärenden Kooperation anzusehen. Die Besonderheit liegt in diesem Fall vor allem darin, daß die Deutsche Grammophon GmbH jeweils zur Hälfte von den beiden größten westeuropäischen Elektrokonzernen beherrscht wird — dem westdeutschen Siemens- und dem niederländischen Philips-Konzern. Deren Mutterstift über das Schallplattengeschäft erhellt vor allem, warum ausgerechnet jetzt ein neues Unternehmen gegründet wurde, das sich mit der Produktion von Fernsehsendungen beschäftigen soll: Auf technischem Gebiet geht es vorrangig um die Anwendung des Farbfernsehens, an dem die beiden Elektrokonzerne führend mitgewirkt haben und sich für die kommenden Jahre beachtliche Profite versprochen.

Neue Angriffe auf soziale Rechte

Bonn will Gesamtvermögen der Sozialversicherung kontrollieren

Neuer Vorstoß für Kostenbeteiligung im Krankheitsfalle

Mit einem „Konjunktur- und Stabilisierungsgesetz“, dessen Entwurf von der Bundesregierung bereits fertiggestellt ist, sollen die Sozialversicherungsträger verpflichtet werden, ihre liquiden Mittel in vollem Umfang — angeblich zur „Sicherung der Konjunktur“ — bei der Bundesbank anzulegen. Dieser Plan wurde in Frankfurt am Main anlässlich eines Festaktes zum 75jährigen Bestehen der Rentenversicherung bekannt. Während des Festaktes wurde schärfstens Protest dagegen erhoben.

Mit der Verwirklichung dieses Plänes würde die Regierung nicht nur voll über die mehr als 30 Milliarden DM Reserven der Renten- und Arbeitslosenversicherung für ihre Rüstungs- und Notstandspolitik verfügen können; es würde damit auch zugleich der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung die finanzielle Basis entzogen. Wie die Notstandsgesetze der von den Gewerkschaften geforderten Ausdehnung der Mitbestimmung entgegenstehen, so blockiert dieses „Konjunktur- und Stabilisierungsgesetz“ die im DGB-Grundsatzprogramm geforderte volle Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Hat Bundesfinanzminister Dahlgrün eine Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung für das Jahr 1967 gefordert, so verlangte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Sozialexperte Thomas Ruf auf einer Forum-Veranstaltung in Wiesbaden eine Reduzierung der jährlichen Rentenanpassungen. Die Renten sollten künftig nicht mehr der Lohnentwicklung, sondern dem niedrigeren Produktivitätsfortschritt angepaßt werden, forderte Ruf. Und zwar solle diese neue Regelung schon in diesem Jahr erfolgen.

Damit würden die Sozialrenten künftig nur noch um die Hälfte des bisherigen Prozentsatzes angehoben und nicht einmal die Verteuerung der Lebenshaltung mehr wettmachen, die für Rentnerhaushalte nach dem amtlichen Preisindex vom Dezember 1964 bis zum Dezember 1965 4,8 Prozent betragen hat.

Gleichzeitig hat der CDU-Abgeordnete Ruf eine neue Attacke gegen die soziale Krankenversicherung gerichtet. Er wiederholte die Forderung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Prof. Balke: Nach Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle solle

in der sozialen Krankenversicherung das Kostenerstattungssystem wie in den Privatkassen mit Kostenbeteiligung der Versicherten praktiziert werden. Die Krankenversicherung sollte nur noch die Grundsicherung der Krankheitskosten übernehmen.

Ein anderer Sozialexperte der CDU, der Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, forderte wenig später die Einführung einer Versicherungspflichtgrenze auch für Arbeiter in der sozialen Krankenversicherung, um damit auch die etwas besser verdienenden Lohnempfänger aus der Versicherungs-

pflicht auszuschließen und die Unternehmer von ihrem Anteil für den Beitrag dieser Arbeiter zu befreien.

Wie bar jeden menschlichen und sozialen Gefühls in Bonn soziale Rechte und Leistungen demonstriert werden, wenn CDU/CSU und FDP daran nicht gehindert werden, beweist die Tatsache, daß mit der Erhöhung der Bundesbahntarife auch die Fahrpreismäßigung für Kriegsgräberfahrten der Angehörigen von Gefallenen von bisher 50 auf 30 Prozent abgebaut wurde. Und das von „christlichen Politikern“, die am Volkstrauertag mit wohlklgenden Worten ihr „Mitgefühl“ mit den Hinterbliebenen der beiden Weltkriege belonen!

Es gilt also, wachsam zu sein und allen Angriffen auf soziale Rechte und Leistungen sofort und entschieden entgegenzutreten. Arthur Böpple

Warten auf Drittes Neuordnungsgesetz

Bei den mehr als 2,8 Millionen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wächst die Verbitterung und Empörung. Seit eineinhalb Jahren fordern ihre Verbände — vor allem der VdK und der Reichsbund — eine Erhöhung und Anpassung auch der Kriegsopferrenten an die Entwicklung der Wirtschaft und der übrigen Einkommen durch ein „Drittes Neuordnungsgesetz“. Am 12. Mai vorigen Jahres — vier Monate vor der Wahl — ließ die Bundesregierung einen Beschuß durch den derzeitigen Arbeitsminister Blank auf einer VdK-Konferenz bekanntmachen, mit dem den Kriegsopfern das Versprechen gegeben wurde, ein Drittes Neuordnungsgesetz zur Verbesserung ihrer Versorgung im Jahre 1966 zu erlassen und eine erste Anpassung dieser Renten dann Anfang 1968 durchzuführen.

Jetzt wurde durch den neuen Bundesarbeitsminister Katzer erklärt, das Dritte Neuordnungsgesetz zur Kriegsopfersorgung werde erst zum 1. Januar 1967 in Kraft gesetzt und eine erste Anpassung der Kriegsopferrenten dann erst Anfang 1969 durchgeführt. Wieder soll also den Kriegsopfern ein Jahr Rentenerhöhung vorenthalten werden!

Bis jetzt liegt dem Bundestag ein Entwurf für das Dritte Neuordnungsgesetz zur Kriegsopfersorgung noch gar nicht vor, und der Arbeits- und Sozialminister (nicht der Rüstungsminister) wurde vom Kabinett dem augenblicklich tätigen „Streichquintett“ zugeordnet, offensichtlich doch in der Absicht, im kommenden Jahr erneut bei den Sozialausgaben zu sparen.

Seit dem 1. Januar 1964 sind die Kriegsopferrenten nicht erhöht worden. Für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die eine kleine Sozialrente und dazu aus der Kriegsopfersorgung Ausgleichs- oder Elternrente beziehen, hat das zur Folge, daß sie von den seither durchgeführten Rentenanpassungen (ihrer Sozialrente) so gut wie nichts gehabt haben, weil die Erhöhung ihrer Sozialrente jeweils zum 1. Juni zu 70 oder 75 Prozent auf die Ausgleichs- oder Elternrente angerechnet und diese um jenen Betrag gekürzt wurde.

VdK und Reichsbund fordern eine durchschnittliche Erhöhung der Kriegsopferrenten um 25 Prozent. Eine besciedene Forderung, wenn man die Kriegsopferrenten mit den Pensionen der Hitlergenerale vergleicht, die gesund den Krieg überstanden haben, oder die Kriegsopferrenten der Bundesrepublik an den in anderen Ländern gezahlten Renten mißt.

Einen solchen Vergleich hat der auch aus der Gewerkschaftspresse bekannte Publizist Bernd Engelmann in der neuen Zeitschrift „deutsches panorama“ veröffentlicht. Danach beträgt die Grundrente (monatlicher Mindestsatz) zum Beispiel beim Verlust beider Augen in Frankreich 1312 DM, in den Niederlanden 906 DM, in Italien 756 DM, in Großbritannien 754 DM, in Finnland 730 DM, in Griechenland 550 DM, in der reichen Bundesrepublik aber, die nach der Propaganda der CDU/CSU mit ihren Sozialleistungen an der Spitze der Welt stehen soll, nur 240 Deutsche Mark.

A. B.

DGB - Barriere gegen Notstandsgesetze

Der 7. DGB-Kongreß wird vermutlich den Beschuß des 6. DGB-Kongresses gegen jegliche Notstands- und Dienstpflichtgesetze bekraftigen. Dieser Beschuß der Delegierten von mehr als 6,5 Millionen organisierten Arbeitnehmern ist eine starke Barriere zum Schutz der Demokratie gegen die geplante Errichtung einer Notlandsverfassung.

Und doch muß man die Frage stellen: Genügt das? In der Gewerkschaftsbewegung wird diese Frage seit langem ernsthaft diskutiert. — Wenn ich weiß, daß jemand mein Haus anzünden will, dann werde ich nicht nur den Entschluß fassen, ihn daran zu hindern, sondern durch aktives Handeln tatsächlich die Brandstiftung vereiteln. Zu furchtbar waren die Folgen für die Gewerkschalten, das ganze Volk und den Frieden der Welt, als 1933 in unserem Land die Demokratie beseitigt worden war, als daß nicht alles getan werden müßte, um mit allen der Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln schon den Anlägen einer Wiederholung dieser gefährlichen Entwicklung (und über die sind wir längst hinaus!) Einhalt zu gebieten.

So fordern denn Gewerkschalter aller Industriegewerkschaften und aus allen Orten der Bundesrepublik immer wieder aktives Handeln gegen die Notstands- und Dienstpflichtgesetze. Ein vorbildliches und auch heute noch aktuelles Aktionsprogramm gegen die Notstandsgesetzgebung wurde schon

gen mit den Professoren, die sich schon im vorigen Jahr mit ihrem Anti-Notstandsappell an den DGB wandten, um durch diese Maßnahmen die Front der Notstandsgegner zu stärken?

Die Kräfte, die der Demokratie mit den Notstandsgesetzen den Garaus machen wollen, sind bisher in der Verfolgung ihrer Restaurations-, Rüstungs- und Notstandspolitik äußerst beharrlich und konsequent gewesen. Der scheinbar so konziliante Minister Lücke hat sich als Wohnungsmiester nicht gescheut, ohne Rücksicht auf die dadurch über Millionen Mieter (vor allem Alte, Rentner und Kinderreiche) gebrachte Not, das in Deutschland seit mehr als vier Jahrzehnten bestehende soziale Mietrecht zu beseitigen.

Der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, hat seine Betrachtung zum letzten Jahreswechsel mit der Feststellung beendet: „Macht ist nicht alles — Recht ist viel mehr — Recht ohne Macht aber ist zuwenig — denn es wird uns nichts geschenkt — auch nicht in diesem Jahr!“ — Der DGB als stärkste Massenorganisation ist eine gewaltige Macht, wenn er seine organisierte Kraft einsetzt. Und das Recht, die Wissenschaft und das Volk stehen in diesem Kampf um die Demokratie auf seiner Seite. Handeln wir also, um dem Recht und der Demokratie und damit dem Frieden und dem sozialen Fortschritt für immer in unserem Land eine sichere Heimstatt zu verschaffen.

Adalbert W., Schwelm

briefe...

im September 1963 auf Antrag des Haupjugendausschusses vom 6. Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier und Keramik beschlossen (s. NACHRICHTEN Nr. 10/1963).

Durch neue Aktionsvorschläge und Beschlüsse wurde dieses Aktionsprogramm inzwischen von den Gewerkschaltern ergänzt. Zu Beginn dieses Jahres haben führende Gewerkschalter mit dem neuen Bundesinnenminister Lücke Gespräche über die Notstandsgesetzgebung geführt. Die Gespräche dienten der Aufweichung der gewerkschaftlichen Anti-Notstandsfront.

Warum wurde nicht längst vom Bundesvorstand des DGB die u. a. vom Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Berlin vorgeschlagene Konferenz mit allen gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten durchgeführt, warum nicht die von mehreren Gewerkschaftsgremien angelegten gemeinsamen Veranstallun-

von NPD-Rednern zitiert, die an dem faschistischen Geist dieser Partei keinen Zweifel lassen.

Die KPD, der auch ihre ärgsten Gegner nicht die Verbreitung von Rassen- und Völkerhaß vorwerfen können und deren Vorsitzender, Max Reimann, sich jetzt erneut in einem Gespräch mit dem Intendanten Otto Schönfeld aus Düsseldorf zum Wortlaut und Geist des Grundgesetzes der Bundesrepublik bekannt, ist seit nunmehr fast zehn Jahren verboten. Die „Deutsche Soldaten- und National-Zeitung“ kann unangefochten seit mehr als fünfzehn Jahren als Schriftsteller für eine neue faschistische Partei wirken, wie sie nun in der NPD in gefährlichster Form Gestalt angenommen hat. Die CDU aber hat in Neustadt (Schleswig-Holstein) dem stellvertretenden Vorsitzenden der NPD in diesem Land zum Amt des Zweiten Bürgermeisters mit ihren Stimmen verholfen!

Auch die NSDAP war in ihren Anfängen klein und scheinbar ungefährlich. Die Unterschätzung der von ihr ausgehenden Gefahr wurde teuer bezahlt. Darum darf es für den Faschismus diesmal schon in seinen Anfängen keinen Pardon geben! Es ist gut, wenn die Gewerkschalter in Nürnberg, Wuppertal und anderen Orten entschieden gegen die NPD aufgetreten sind. Aber in diesem Falle: Wenn es niemand anders tut, sollten dann nicht die Gewerkschäften beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD, der „Deutschen Soldaten- und National-Zeitung“ und anderer nazistischer und militaristischer Organisationen und Organe beantragen?

Arthur B., Bremen

Teure Stadt Berlin

Dem Berliner Senat bereitet der Rückgang des Zuzugs westdeutscher Arbeitnehmer erhebliche Sorgen. Während noch 1964 rund 22 000 Arbeitssuchende nach Berlin kamen, fiel diese Zahl 1965 auf 18 000. Sie verminderte sich gegenüber dem Vorjahr damit um rund 25 Prozent. Der Senat schätzt, daß von den bisher nach Berlin vermittelten 90 000 Arbeitnehmern mehr als 20 Prozent die Stadt wieder verlassen haben, und zwar einmal, weil sie keine entsprechenden Wohnungen in Berlin gefunden haben und zum anderen die Verdienstmöglichkeiten in Berlin schlechter als in der Bundesrepublik sind.

Nun wird zwar vom Senat der Stadt Berlin behauptet, daß die Wirtschaft erheblich aufgeholt, sich modernisiert und bemerkenswerte Exporterfolge erzielt habe. Tatsache ist aber, daß Berlin ohne erhebliche Subventionen nicht lebensfähig ist. In den Jahren 1951 bis 1965 betrug die Hilfeleistung der Bundesrepublik für Berlin 38,84 Milliarden DM.

Kein Pardon dem Faschismus!

Mit Recht stellt Carsten L. aus Celle in den NACHRICHTEN Nr. 4/1966 nach den Erfolgen der nazistischen NPD bei den bayerischen und hamburgischen Wahlen die Frage: „Ist es nun wieder ‚soweit‘?“ — Jawohl, es ist in der Bundesrepublik wieder „so weit“, daß der Kreisvorsitzende der NPD, Josef Truxa, am 18. Juni 1965 in „Mathäser am Hasenberg“ in München im unverfälschten Goebbels-Streicher-Jargon erklären konnte: „Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nicht gegeben. Diese Verleumdungen sind nur eine Propaganda des internationalen Judenhums und der Judenpresse.“ So berichtet Götz-Dieiter Nerlich in der Zeitung „Metall“, der noch viele Aussprüche

Not der Alten

Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes leben zur Zeit in der Bundesrepublik mehr als 6,1 Millionen Menschen, die über 65 Jahre alt sind. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt damit 11,1 Prozent. Im Jahre 1975 wird diese Zahl auf rund 8 Millionen = 13,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ansteigen, 6,9 Prozent dieser alten Menschen wohnen nach amtlichen Feststellungen in einer Notwohnung, das heißt in Kellern, Mansarden und ähnlichen Behausungen.

Häufig sind diese Unterkünfte ohne Küche oder Kochnische, schwer heizbar und feucht, und in den meisten Fällen ohne Toilette, von einem Bad ganz zu schweigen. Die Mehrzahl dieser alten Leute wartet seit vielen Jahren auf einen Platz im Alters- oder Pflegeheim, der ihnen eine menschenwürdigere Unterkunft für ihren Lebensabend bietet.

Aber nach den Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege stehen nur etwa für rund vier Prozent der alten Menschen in der Bundesrepublik Wohn- oder Pflegeheime zur Verfügung. Der Städtetag errechnet einen Fehlbetrag von 8,3 Prozent, und das heißt, daß in der Bundesrepublik 250 000 Pflegeplätze fehlen.

Der Bundeslagsausschuß für Sozialpolitik ist immer wieder darauf hingewiesen worden, wie notwendig die Beschaffung menschenwürdiger Wohnungen für alte Menschen geworden ist. Die Wohnungsnott wächst für diesen Teil unserer Bevölkerung zusehends, nicht zuletzt auch darum, weil viele Hausbesitzer ihre Wohnungen lieber an jüngere zahlungskräftige Ehepaare vermieten, als an die von bescheidenen Renten lebenden Alten.

Für den Bau von Kleinwohnungen für alte Menschen stehen außer den allgemeinen Förderungsmitteln an Bundesmitteln jährlich 12 Millionen DM zur Verfügung. Will man aber den hohen Bedarf abbauen, müßten jährlich mindestens zehn- bis fünfzehntausend neue Wohn- und Heimplätze geschaffen werden, wobei die Kosten für einen Platz im Altersheim zwischen 20 000 und 40 000 DM liegen.

20 Milliarden DM pro Jahr für eine überflüssige und gefährliche Rüstung auf der einen Seite, und andererseits menschenunwürdige Unterkünfte für alte Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und auf einen ruhigen Lebensabend Anspruch haben, weil eine beseidene Summe zum Bau von Altersheimen und Pflegeplätzen in dem Riesenhaushalt der Bundesregierung nicht zur Verfügung gestellt werden kann — das ist das Charakteristikum eines Staates, in dem eine Partei die Herrschaft führt, die sich nicht schämt, das Wort „Christlich“ in ihrem Parteienamen zu führen.

Sr.

Blick in die Welt

IBFG für friedliche Konfliktlösungen

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat in seinem Mai-Aufruf die Regierungen aller Länder aufgefordert, Streitigkeiten grundsätzlich am Konferenztisch zu bereinigen. Weiter sprach sich der IBFG für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung aus; die Regierungen sollten sich darüber verständigen. Noch immer müsse mehr als die Hälfte der Erdbewölkerung hungern. Die Rüstungsbeschränkung und Abrüstung könnte jedoch gewaltige Summen für den Kampf gegen Hunger und Not freimachen.

Ferner forderte der IBFG eine stärkere wirtschaftliche Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die Industrienationen. Die soziale Gerechtigkeit müsse auch im internationalen Rahmen verwirklicht werden.

rere hundert Millionen Kronen für einen großen Arbeitskampf flüssig gemacht. Während die Gewerkschaften für rund 850 000 Arbeitnehmer den Streik vorbereiteten, drohten die Unternehmer mit der Aussperrung von fast 750 000 Arbeitnehmern.

Der neue Vertrag für die Beschäftigten aller bedeutenden Berufsbranchen gilt für drei Jahre und sieht eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 42½ Stunden mit vollem Lohnausgleich vor. Die Arbeitszeit soll jeweils am 1. Februar 1967, 1. Februar 1968 und 1. Januar 1969 um 50 Minuten herabgesetzt werden. Die generelle Lohnaufbesserung beträgt 20 Oere die Stunde bei einer weiteren Verbesserung um 9 Oere für sogenannte Niedriglöhne. 1968 wird eine weitere Lohnaufbesserung um 14 Oere in Kraft treten. Als Niedriglöhne gelten solche, die um mindestens 5 Prozent unter dem durchschnittlichen Stundenlohn liegen. Dieser wurde für die Industrie mit 8,15 Kronen errechnet.

Amerikanische Lokomotivheizer kämpfen um Arbeitsplatz

Die US-amerikanische Gewerkschaft der Lokomotivheizer hat im April mehrere Streiks durchgeführt, die zum Teil eine beträchtliche Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zur Folge hatten. Die Gewerkschaft mußte ihren Kampf zunächst einstellen, weil ein Gericht ihr eine Strafe von einer Million DM für jeden weiteren Streiktag und ihrem Vorsitzenden eine persönliche Strafe von 100 000 DM täglich androht hat.

Die Lokomotivheizer kämpfen um ihren Arbeitsplatz. Die Ersetzung der Dampflokomotiven durch Elektro- und Dieselloks hat die Funktion des Heizers erübrig. Die Gewerkschaft fordert die Umschulung der Heizer zu Lokomotivführern bzw. ihre Weiterbeschäftigung aus Sicherheitsgründen als Ausguckposten. Darauf sind die privatwirtschaftlich betriebenen Eisenbahnen in den USA nicht eingegangen.

Steigende US-Investitionen

Die US-amerikanische Industrie will in diesem Jahr ihre Auslandsinvestitionen um 24 Prozent auf 8,8 Milliarden Dollar steigern. Der größte Teil dieser Mittel soll dem Ausbau von Zweigwerken in Westeuropa und Kanada dienen. 1965 wurden in Europa 2,2 Milliarden Dollar investiert, die nach Berechnungen der amerikanischen Regierung in diesem Jahr auf 3,5 Milliarden Dollar steigen werden. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit liegen wiederum in Belgien, Großbritannien und vornehmlich in der Bundesrepublik.

Streik in Schweden abgewendet

In Schweden konnten Anfang April die seit 1945 längsten und hartnäckigsten Tarifstreitigkeiten beigelegt werden. Die Tarifparteien hatten bereits mehr-

DGB vernachlässigt seine Führungsaufgabe

An die in der Vergangenheit nicht genügend wahrgenommene Führungsaufgabe, insbesondere in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, erinnert Kurt Brumlop im Mai-Heft der „Gewerkschaftspost“ (IG Chemie-Papier-Keramik) den Deutschen Gewerkschaftsbund, anlässlich des bevorstehenden DGB-Kongresses:



„Der DGB selbst kann als Dachorganisation in Tarifverhandlungen nicht eingreifen. Seine Aufgaben liegen auf dem Gebiet der allgemeinen Gewerkschaftspolitik. Man möchte wünschen, daß der DGB die Führungsrolle, zu der er in diesen Fragen berufen ist, energetisch wahrnimmt. In den letzten Jahren ist die Initiative auf diesem Gebiet nicht immer beim DGB gewesen. In der Notstandsfrage z. B. haben die Professoren und die IG Metall eine aktiver Rolle gespielt als der DGB.“

Sehr zurückhaltend verhält sich der DGB auch in der Frage unserer Beziehungen zu den östlichen Nachbarvölkern. Hier haben die Gewerkschaft OTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker die Initiative ergriffen, während es bisher immer noch nicht ganz klar ist, ob und wann eine Studienkommission des DGB in die Sowjetunion fährt.

Erfreulicherweise hat sich der DGB in der Frage der Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung weitauß stärker engagiert als in Notstandsfragen und Ost-Westbeziehungen. Aber auch in diesem Fall lag die unmittelbare Initiative bei Einzelgewerkschaften, hier vor allem bei der IG Chemie, Papier, Keramik.

Es ist für eine Spitzenorganisation gewiß nicht einfach, unterschiedliche Auffassungen und Tendenzen ihrer Mitgliedsverbände unter einen Hut zu bringen. Das soll nicht verkannt werden. Diese Schwierigkeiten befreien den DGB aber nicht von der Aufgabe, seine Koordinierungs- und Führungsrolle entschlossen wahrzunehmen. Er wird dabei umso mehr Erfolg haben und die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Gewerkschafter finden, je weniger er sich von außergewerkschaftlichen Kräften beeinflussen läßt.“

Keine Reden mehr zum Fenster hinaus

In ihrer Mai-Ausgabe begrüßt die Zeitung der IG Bergbau und Energie, „einheit“, den Kontakt zwischen SPD und SED. Das Blatt schreibt u. a.:

„Ein paar Jahre früher wäre bei uns der Teufel losgewesen, wenn die Sozialdemokraten Anträge auf SED-Briefe geschrieben hätten und auf das Angebot eines Redneraustausches eingegangen wären. Man hätte sie in gräßlicher Weise verkettet und die alte Adenauer-Platte neu aufgelegt, derzu folge einstmals „alle Wege der SPD nach Moskau führen“ sollten. Aber Polemiken dieser Qualität funktionieren heutz nicht mehr. Die SPD gilt längst als so „sicher“ wie die CDU, man bescheint ihr Regierungsfähigkeit, und es wäre irrwitzig, zu versuchen, sie an den Rand des Staates zu drängen ...“

Es ist erstaunlich, wie breit die Front der Zustimmung zu dem Entschluß der SPD, den direkten Schlagabtausch mit der SED aufzunehmen, inzwischen geworden ist. Daß die Sozialdemokraten die öffentliche Meinung auf ihrer Seite haben würden, war von vornherein klar. Lange genug hat man darauf gewartet, daß einer die bis zum Überdruß beschworene, „geistige Aus-

einander setzung mit dem Kommunismus endlich auch einmal praktiziert: eben nicht durch Reden zum Fenster hinaus, sondern durch harte Konfrontation mit dem Gegner. Die Deutschen haben die Monologe satt.“

Auch in den Parteien der Koalition gibt es mehrnickende als schüttende Köpfe. Die Freien Demokraten, stets für mutigere Bewegung in der deutschen Frage, haben laut Beifall geklatscht. Fraglos würden sie sich sehr viel mehr in Ost-West-Kontakten engagieren, müßten sie nicht letzten Endes doch geziemende Rücksicht auf die christdemokratischen Koalitionspartner nehmen. CDU und CSU kommen tatsächlich in der Ostpolitik nur zaudernd in Gang – am Fuß immer noch die Kugel gesamtdeutscher Sterilität, zwei Jahrzehnte mittlerweile alt und nicht ohne weiteres zu demonstrieren ...“

Für gesamtdeutsche Initiativen

Die „Gewerkschaftspost“, das Zentralblatt der IG Chemie-Papier-Keramik, begrüßt in ihrer Mai-Ausgabe das in Gang gekommene gesamtdeutsche Gespräch. Die Zeitung schreibt:



„Die offenen Briefe der SPD und SED und die geplanten Versammlungen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Hannover sind eine politische Sensation ersten Ranges. Dessen muß man sich bewußt sein. Manchem kalten Krieger blieb neuerdings das Wort buchstäblich in der Kehle stecken, er schluckte nur noch vor schlecht verhextem Grimm. Man kann zu einer gesamtdeutschen Vorrheitspolitik nur gratulieren, Irlatz der Abwartstellung Ludwig Erhardts und der wütenden Ausfälle von Strauß gegen Mende. Aber, bitte nun auch keinen gesamtdeutschen Oberschwang! ...“

Wie wäre es aber, wenn der DGB-Bundeskongreß sich in den kommenden Maitagen des Jahres 1966 auf einige Gedanken der DGB-Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands vom 1. Mai 1957 besinnen würde?“

Freundliches Gesicht keine Garantie

Im April-Heft 1966 der „Holzarbeiter-Zeitung“ warnt der verantwortliche Redakteur Peter Riemer davor, auf die verschiedenen Argumente der Notstandsbefürworter hereinzufallen:



„... Da ist einmal die nationale Trammel, die fleißig geröhrt wird. Angeblich hindern uns die aliierten Vorbehaltsschrechte daran, wirklich frei und souverän zu sein. Abgesehen davon, daß das gar nicht stimmt – auch mit eigenen Notstandsgesetzen gibt es bestimmte Vorbehaltsschrechte –, uns kann dieses nationale Tränendrücken nicht beeinflussen. Die andere Begründung für einen Sinneswandel sehen manche Leute in der Person des dritten Innenministers dieser Republik, der sich mit den Notstandsgesetzen beschäftigt, Paul Lücke. Nun, Lücke ist ein ehrenwerter Mann, und alle, alle sind sie ehrenwert. Fest steht aber auch, daß er nach wie vor mit den Entwürfen seines Vorgängers Höcherl arbeitet. Dann: Minister kommen, Minister gehen, die Ministerialbürokratie bleibt bestehen. Das freundliche Gesicht des Ministers, ist noch lange keine Gewähr, daß wir die Notstandsgesetze akzeptieren können.“

Beharrlich schweigt man sich in Bonn darüber aus, was es mit dem sogenannten inneren Notstand auf sich hat. Angablich sollen alle Notstandsgesetze nur für den „äußeren Notstand“, für den Krieg, da sein. Wir haben aber das ungute Gefühl, daß es den Befürwortern

der Notstandsgesetze – und das ist kein Gefühl mehr, sondern nahezu eine Gewißheit – mehr darauf ankommen, gegen die Gewerkschaften ein Druckmittel in der Hand zu haben, das sie anwenden können, wann immer sie es für richtig erachten. Noch immer steht das Wort des Arbeitgeber-Präsidenten Paulsen im Raum, gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften könnte man erst dann schärfer angehen, wenn entsprechende Notstandsgesetze da wären ...“

Gewerkschaften – notwendig wie je

In einem Überblick über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik schreibt der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner aus Anlaß des 1. Mai in der Zeitung „Metall“ vom 19. April 1966:



„Es gilt, die sich vor uns auftümenden Schwierigkeiten zu meistern. Oberflächlich betrachtet, scheint alles in Ordnung zu sein. Alle sprechen sich für den Frieden aus. Aber wenn man genauer hinsieht, verbirgt sich unter der Oberfläche so allerhand. Da ruft man nach Atomwaffen, nach Grenzkorrekturen, und da wird kräftig weiter gerüstet, obwohl der Abrüstungsgedanke international ständig an Boden gewinnt. Es gibt militärische Konflikte, die sich jederzeit zum Weltbrand ausweiten können. Alle sind für die Freiheit. Aber unter dem Vorwand, die Freiheit zu schützen, werden Gesetze und Verordnungen verabschiedet und vorbereitet, mit denen schließlich jegliche Freiheit ersetzt werden kann. Schon wird eine formierte Gesellschaft propagiert. Das einzige, was man sich darunter vorstellen kann, ist dies: Jeder bleibt an seinem Platz in der Gesellschaft und behält, was er hat – oder auch nicht hat. Jeder spricht sich für den sozialen Fortschritt aus. Aber sobald konkrete Forderungen auf dem Tisch liegen, wird so getan, als stünde der Ruin der Wirtschaft unmittelbar bevor. Auch die kleinste Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen muß erkämpft werden. Gewerkschaften sind in dieser Periode für den einzelnen genauso notwendig wie in der industriellen Frühzeit.“

Soziale Sicherheit durch Mitbestimmung

In einer im Auftrag des DGB durchgeföhrten Umfrage haben die meisten Befragten die soziale Sicherheit als die wichtigste gewerkschaftliche Forderung bezeichnet – noch weit vor der Mitbestimmung. Dazu schreibt das Funktionär-organ des DGB, „Die Quelle“, im April-Heft:



„Für uns sollte dies ein Anlaß sein, den Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und sozialer Sicherheit mehr noch als bisher herzulegen. Es gibt dafür aus dem Stahl-, Eisen- und Bergbau und aus der Eisen- und Stahlindustrie genügend überzeugende Beispiele. Schließlich ist es kein Zufall, daß betriebliche Sozialpläne, die Hörten bei Umsetzungen und Entlassungen gemildert und oft genug den sozialen Absieg verhindert haben, nur in den Unternehmen durchgesetzt werden konnten, in denen es eine qualifizierte Mitbestimmung gibt.“

Strukturelle Veränderungen unserer Wirtschaft, die auf eine größere Effektivität gerichtet sind, können und sollen durch die Mitbestimmung nicht verhindert werden. Doch auf die Frage, durch wen und auf welche Weise die Interessen der Menschen in solchen Anpassungsprozessen wirksam vertreten werden können, gibt es nur eine Antwort: durch starke Gewerkschaften und mit Hilfe der Mitbestimmung!“

- 9.—14. Mai
7. Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin
- 31. Mai — 4. Juni
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg
- 4. Juni
75-Jahr-Feier der IG Metall in Frankfurt
- 20.—25. Juni
Gewerkschaftstag der IGBau-Steine-Eden in Bremen
- 28. August — 2. September
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz in München
- 4.—9. September
Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- 11.—16. September
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen
- 13.—16. September
Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Karlsruhe

IG Metall sprach mit Professoren

In einer mehrstündigen Unterredung erörterten die Professoren M. Drath, K. A. Wolf und H. Glubrecht von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. mit dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, am 16. April in Frankfurt am Main die Besorgnisse, die sich aus dem gegenwärtigen Stand der Notstandskussion ergeben. Es wurde vereinbart, die Konsultationen fortzusetzen.

Zu guter Letzt:

Auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen hat vor einigen Tagen der Oberst im Generalstab, Schall, über die Übereinstimmung zwischen den Führungsgrundzügen der Wirtschaft und der Bundeswehr gesprochen. Unter dem Beifall der Unternehmer stellte er fest, daß genau wie bei der Bundeswehr auch in den zivilen Unternehmen „Disziplin und Gehorsam“ Grundlagen moderner Führungsprinzipien werden müßten.

Man kann sich durchaus vorstellen, daß die Unternehmer an diesem Vergleich Gefallen finden: Statt Mitbestimmung der Arbeitnehmer den Betrieb als Kasernenhof, das scheint die Idealvorstellung der bundesdeutschen Unternehmer zu sein.

Frauenarbeit nicht für „Luxus“

Die überwiegende Mehrheit ist zum Erwerb gezwungen Gewerkschaften gegen Diskriminierung der Frau

Das Statistische Bundesamt hat Angaben über die Erwerbstätigkeit der Frauen veröffentlicht, die für eine Beurteilung der Lage arbeitender Frauen sehr interessant sind. Das Material bezieht sich zwar auf das Jahr 1961, ist also nicht ganz neu, dürfte aber dennoch auch für die Gegenwart in vollem Umfang repräsentativ sein.

Insgesamt gab es 1961 19,8 Millionen Familien, in denen 13,5 Millionen Ehefrauen und 5,0 Millionen weibliche Familienvorstände lebten. Von diesen 18,5 Millionen Frauen waren 5,8 Millionen erwerbstätig, nämlich 32 Prozent der Ehefrauen und 28 Prozent der weiblichen Familienvorstände.

Ganz offensichtlich ist der weit überwiegende Teil der Familien auf ein Einkommen und damit auf die Erwerbstätigkeit der arbeitsfähigen Frauen angewiesen. Von dieser Sachlage, nämlich, daß in der Mehrzahl der Fälle die Frau „zum Familieneinkommen beitragen will oder muß“, d. h. daß sie fast ausschließlich aus finanziellen Gründen zur Arbeit geht, ist nämlich auch das Statistische Bundesamt überzeugt.

Erhärtert wird diese Tatsache noch durch die Feststellung der Statistiker, daß in der genannten Zahl von Familien 10,7 Millionen Mütter von Kindern unter 15 Jahren leben, von denen nicht weniger als 3,6 Millionen erwerbstätig sind. Fast jede dritte Mutter und Ehefrau übt eine Erwerbstätigkeit aus, während von den verwitweten, geschiedenen, unverheirateten und getrennt lebenden Müttern fast 58 Prozent arbeiten gehen; geschiedene und ledige Mütter sind sogar zu 71 bzw. 84 Prozent gezwungen zu arbeiten.

Es zeigt sich also, daß

- in einem Viertel aller Familien in der Bundesrepublik der Familienvorstand weiblich und damit die Frau der Haupt-, meist sogar der alleinige Verdienster ist,

- ferner jede dritte Ehefrau und jede dritte Mutter zur Erwerbstätigkeit gezwungen ist, um das Familieneinkommen aufzubessern.

Diese Ergebnisse bestätigen erneut, wie völlig ungerechtfertigt die immer wieder vertretene Behauptung ist, Frauenarbeit würde zur Mehrheit nur das „zusätzlichen“ Verdienstes wegen betrieben, nämlich um Luxus, Reisen oder doch zumindest eine unnötig hohe Lebenshaltung finanzieren zu können. Das ergibt sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, daß — wie selbst die amtliche Statistik feststellt — „doppelte Belastung durch Haushaltführung und Beruf, bei Müttern sogar dreifache Belastung, da die Kinder ja betreut und erzogen werden müssen“, in Kauf genommen werden muß.

Obwohl also die Familien der Arbeiter und Angestellten auf die Löhne und Gehälter der Frauen genauso angewiesen sind wie auf die der Männer, ja obwohl dies in sehr vielen Fällen die einzigen Einkommen sind, ist die Unterbezahlung der Frauen in den letzten Jahren fast unverändert geblieben. Immer noch beträgt der Durchschnittslohn des weiblichen Facharbeiters nur 70 Prozent desjenigen

**Für Spenden auf das
Postcheckkonto Stuttgart 960 19
verbindlichen Dank!
Die beste Unterstützung der
NACHRICHTEN
ist ein Abonnement!**

des männlichen. Weibliche Angelernte und Hilfsarbeiter erhalten nur 73 bzw. 78 Prozent des Lohnes ihrer männlichen Kollegen.

Die gleichen Unterschiede bestehen immer noch bei den Angestellten. In der Leistungsgruppe II beträgt der Unterschied 21 Prozent, in der Leistungsgruppe III 23 Prozent, in der Leistungsgruppe IV 25 Prozent und in der Leistungsgruppe V 23 Prozent.

Natürlich sind diese Unterschiede zum Teil dadurch bedingt, daß Frauen vornehmlich in solchen Zweigen der Wirtschaft arbeiten, in denen die Löhne und Gehälter allgemein niedriger liegen als in den Bereichen, in denen fast ausschließlich Männer arbeiten. Aber im wesentlichen beruht die Differenz nach wie vor auf der Unterbezahlung der Frauen. Immer noch bleibt es eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, die Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz zu beseitigen. M. W.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
 Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Splenweg 3/9
Telefon 3638 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Gerd Siebert, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kommt keine Verantwortung übernommen werden
bei Sichterscheinungen infolge höherer Gewalt
umso leicht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kisteller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 1,50 DM plus 0,90 DM Zusatzgebühr
Bezahldruck nur mit Quellenangabe gestattet